

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoncen
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Mr. 43.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Mittwoch, 18. Januar.

Inserate 20 Pf. die schriftgefasste Petition über deren Raum, Reklame verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Die kirchenpolitische Vorlage.
Erst vor wenigen Tagen sind wir anlässlich des Windthorfschen Antrags nachdrücklich einer Politik entgegentreten, welche sich in ihren Entschließungen von dem Streben, der Regierung Verlegenheiten zu bereiten, beeinflussen zu lassen schien. Wir haben damals erklärt, daß uns eine solche Taktik schon an sich nicht ganz würdig erscheine, und daß wir sie noch viel weniger gerechtfertigt finden, wenn dem erwähnten Streben sogar sachliche Bedenken geopfert werden.

Um so weniger können wir in den Verdacht kommen, einer chikanösen Politik das Wort zu reden, wenn wir anlässlich der neuen kirchenpolitischen Vorlage den Wunsch äußern, die Regierung möge mit derselben einen recht gründlichen Refus, eine Niederlage, die sie nicht sobald vergeßen kann, erleiden.

Schon von ganz allgemeinen Gesichtspunkten aus ist die Vorlage für jeden Liberalen absolut unannehmbar. Die Regierung verlangt aufs Neue diskretionäre Vollmachten, und zwar in weiterem Umfange noch, als sie ihr das Juligesetz gewährt hat. Bekanntlich genießt die gegenwärtige Regierung, und zwar speziell hinsichtlich der inneren Politik und ihrer eng damit verwachsenen Kirchenpolitik, das ziemlich unbefrängte Misstrauen der Liberalen. Dies dürfte bei dem zweiten Gegenstande, welcher mit der kirchenpolitischen Vorlage den Kernpunkt der gegenwärtigen Landtagssession bildet, bei den weiteren Eisenbahn-Verstaatlichungs-Projekten, deutlich zu Tage treten. Sehr viele Liberale, welche nachdem einmal mit der Verstaatlichung begonnen ist, an deren weiterer Ausbildung prinzipiell keinen Anstoß nehmen würden, werden dieser Regierung, überhaupt diesem Regierungsprojekte in nach den neuesten Erfahrungen keine weiteren Bataillone abhängiger Beamten verwilligen wollen, und dabei ist die Eisenbahnfrage gewiß nicht wichtiger als die Kirchenfrage. Die Verwaltung diskretionärer Vollmachten bezüglich der letzteren wäre eine direkte und sehr starke Vertrauenskundgebung. Bei einer solchen können die Liberalen unmöglich mitwirken. Sie können es um so weniger, wenn sie eingedenkt bleiben, zu welchem Zwecke die Regierung diese diskretionären Vollmachten anstrebt. Zu keinem anderen, als wie die der Vorlage beigegebenen und weiter unten mitgetheilten Motive ziemlich unverhüllt zugeben, um mit dem Zentrum Frieden schließen zu können, an ihm einen Alliierten zu gewinnen. Da diese Allianz lediglich gegen die Liberalen gerichtet sein könnte, so müssten die letzteren geradezu mit Selbstmordgedanken umgehen, wenn sie der Regierung die Waffe, welche gegen sie gezückt werden soll, selbst schmieden hülfern.

Die Vorlage überweist den ganzen „Kulturmampf“ der Verwaltungswillkür; für seinen weiteren Verlauf würden nur noch taktische Erwägungen der Regierung, nicht mehr die großen Gesichtspunkte, unter welchen der Kampf aufgenommen wurde, maßgebend sein. Gerade der gegenwärtigen Regierung gegenüber, welcher vielfach nachgesagt wird, daß sie nach der Seite des absolutistischen Systems hin liebäugle, ist aber darauf zu halten, daß sie im konstitutionellen Staate mit Regierungsmitteln auskomme, welche von diktatorischem Beigeschmack möglichst frei sind.

Trotzdem begrüßen wir die Vorlage mit Freuden. Sie schwante lange mit unbestimmten, drohenden Umrissen in der Luft. Mit ihrem Inslebentreten ist endlich der Nebel, der so lange über der kirchenpolitischen Frage gelegen, einigermaßen zerstreut! Die Vorlage zeigt wenigstens, wie die „National-Liberale Correspondenz“ ganz richtig bemerkte, was die Regierung unter „Revision der Maigesetze“ versteht. Der Entwurf setzt die mit dem 31. Dezember v. J. erloschenen Paragraphen des sogenannten Juligesetzes wieder in Kraft, er nimmt aus der Regierungsvorlage vom 19. Mai 1880 den vielberufenen Bischofsparagraphen und die Bestimmung über die Dispensation der Geistlichen von den Bedingungen der Vorbildung, welche beide das Abgeordnetenhaus im Jahre 1880 verworfen hat, wieder auf, er geht endlich über jene Vorlage hinaus, indem er die Entscheidung über den gegen eine Anstellung erhobenen Einspruch dem Kultusminister an Stelle des Gerichtshofs für die kirchlichen Angelegenheiten überträgt und das Staatsministerium ermächtigt, für bestimmte Bezirke widerruflich zu gestatten, daß Hilfsgestliche (Vikare, Koadjutoren, Adjunkte, Kapläne, Pfarrgehilfen, Kooperatoren etc.) ohne die vorgeschriebene Benennung verworben werden. Besonders aus diesen neuen Vorschlägen erkennt man sofort, wie der Gesetzentwurf einen rein diskretionären Charakter trägt.

Die Bedenken, welche man unter diesem Gesichtspunkte gegen die Bestimmungen des Juligesetzes haben mußte, drängen sich hier in weit stärkerem Grade auf. Die Motive bezeichnen als die hauptsächlichste Aufgabe des Entwurfs „die Wiederherstellung der cura animarum (Seelsorge) im weitesten Sinne“ und wollen dieselbe erreichen: 1) durch Wiedereinführung einer regelmäßigen Diözesanverwaltung, 2) durch Wiederbesetzung der mit der Seelsorge betrauten Kirchenämter, insbesondere der Pfarrstellen. Was den ersten Punkt anlangt, haben wir mit allen entschiedenen Liberalen uns schon 1880 gegen den Artikel

2 des Juligesetzes, nach welchem Bistumsverweser vom Eide dispensirt werden konnten, ausgesprochen. Einer Wiedereinführung abgesetzter Bischöfe aber stehen, gewiß auch nach der Auffassung der am weitesten nach Rechts gehenden Nationalliberalen, noch heute dieselben unübersteiglichen Bedenken entgegen, wie im Frühjahr 1880. In Bezug auf den zweiten Punkt sodann, die Wiederherstellung der Seelsorge, ist schon die Dispensation von den Vorbildungsbedingungen, die in den Verathungen des Juligesetzes gegen eine leider nur sehr schwache Majorität gefallen war, ein überaus anstößiger Punkt, und nun vollends geben die beiden neuen Bestimmungen, die Umgestaltung des Einspruchsverfahrens und mehr noch die diskretionäre Verzichtleistung auf die Anzeige bei Anstellung von Hilfsgestlichen, zum entschiedensten Widerspruch Anlaß.

Das endgültige Schicksal der Vorlage ist leider noch unbestimmt. Herr Windthorst sowohl, wie Herr von Kleist-Reizow haben allerdings in der letzten Woche das System der diskretionären Vollmachten so unumwunden verurtheilt, daß man annehmen sollte, Zentrum und Konservative müßten geschlossen gegen die Regierungs-Vorlage stimmen. Von den Konservativen wird das in Wirklichkeit kein Mensch erwarten. Woher sollten sie, die in Wirklichkeit rein von Bismarck's Gnaden existiren, den Muth und die Kraft nehmen? Aber auch das Zentrum wird sich die ablehnende Haltung, welche es dem Juligesetz gegenüber beobachtet hat, diesmal schwierig gestalten dürfen. So umangenehm ihm die diskretionäre Natur des Gesetzes sein muß, die Kirche kann doch hoffen, unter der Gunst der gegenwärtigen Konstellation manche verlorene Position zurückzuerhalten. Die Bestimmung über die Verwendung der Hilfsgestlichen ermöglicht es, die Anzeigepflicht zum großen Theile ganz zu umgehen. Und wo sie, bei der Besetzung von Pfarrstellen, wirklich geübt werden muß, da ist die veränderte Gestaltung des Einspruchsverfahrens in Verbindung mit der Besetzung des kirchlichen Gerichtshofes aus dieser Position ein Ausgleich, mit dem man sich wenigstens nach Außen befriedigt stellen kann, wenn man es auch innerlich leineswegs ist. Endlich die Rückberufung der Bischöfe würde unter allen Umständen ein großer Triumph der streitenden Kirche sein. In Wahrheit aber — das läßt sich nicht verkennen — entspricht die Vorlage nicht entfernt denjenigen, was das Zentrum als „Revision der Maigesetze“ verlangt hat. Dazu kommt, daß den Polen für das Gesetz zu stimmen, durch eine Stelle der Motive geradezu unmöglich gemacht wird. So darf man denn auf die parlamentarische Entwicklung der Angelegenheit in der That sehr gespannt sein. Eine Spaltung des Zentrums ist durchaus nicht ganz ausgeschlossen, und wenn sie auch nur in Szene gesetzt würde, um die Regierung noch weiter zu locken. Nur aber, wenn Zentrum und Deutschkonservative geschlossen zusammenstimmen, ist ein Sieg der Vorlage zu erwarten; ein Theil der Freikonservativen wenigstens wird voraussichtlich gegen die Vorlage sich erklären.

Im Weiteren lassen wir die der Regierungsvorlage beigegebene Begründung folgen:

Der gegenwärtige Gesetzentwurf beruht auf denselben Gesichtspunkten, aus welchen die Vorlage vom 19. Mai 1880 ihrer Änderungen der kirchenpolitischen Gesetze hervorgegangen ist. Durch den Entwurf wünscht die königliche Staatsregierung von Neuem zu bestätigen, daß sie entschlossen ist, auf dem Wege einer friedlichen Entwicklung der Beziehungen zwischen Staat und katholischer Kirche, wie er durch das Gesetz vom 14. Juli 1880 angebaut ist, fortzuschreiten. Auch jetzt wünscht sie in der Sorge für das Wohlergehen der katholischen Preußen denselben weitere Erleichterungen, die nach den bestehenden Gesetzen möglich sind, gewährt und diese Möglichkeit erweitert zu sehen, soweit dies geschehen kann, ohne das Wohlergehen der gesamten Staatsangehörigen, die Sicherheit des Staats und die Unabhängigkeit seiner Geiegebung zu gefährden.

Bei der Durchführung dieses Gedankens tritt diejenige Frage im Vordergrund, welche auf diesem Gebiete als die brennendste bezeichnet werden darf, nämlich die Wiederherstellung der cura animarum im weitesten Sinne. Die Wiederherstellung erfolgt auf doppeltem Wege:

I. durch Wiedereinführung einer regelmäßigen Diözesanverwaltung,

II. durch Wiederbesetzung der mit der Seelsorge betrauten Kirchenämter, insbesondere der Pfarrstellen.

Die Lösung dieser Frage zu fördern, ist die hauptsächlichste Aufgabe des Gesetzentwurfs. Die Leute wird sich jedoch nach der jetzigen Lage der Verhältnisse im Wege lichen auf die Ertheilung diskretionärer Befugnisse für die Staatsregierung, um so mehr zu beschränken haben, als die Rücksicht auf die Landesbevölkerung mit polnischer Bevölkerung es notwendig macht, daß die Regierung die nach der Verschiedenheit der politischen Lage erforderliche Freiheit der Bewegung für die Abwehr gesichert bleibt. Die königliche Staatsregierung trägt um so weniger Bedenke, auf der mit der Gesetzesgebung vom Jahre 1880 betretenen Bahn vorwärts zu schreiten, als die seit 1. Jan. des Gesetzes vom 14. Juli 1880 und an der derselben gemachten Erfahrungen lehren, daß schon die der Staatsregierung seither gewährten Befugnisse leichtig haben, in der Regelung der Verhältnisse auf dem in es enthaltenden Gebiete erheblich Fortschritte zu machen.

Die Lösung wird im Einzelnen dadurch anzustreben sein, daß zunächst, wie

Artikel 1
der Vorlage vorschlägt, die mit dem 1. Januar 1882 außer Wirksamkeit getretenen Artikel 2, § 3 und 4 des Gesetzes vom 14. Juli 1880 wieder in Kraft gesetzt werden. Diese Artikel lauten:

Artikel 2.

In einem katholischen Bistum, dessen Stuhl erledigt, oder gegen

dessen Bischof durch gerichtliches Urtheil auf Unfähigkeit zur Bekleidung des Amtes erkannt worden ist, kann die Ausübung bischöflicher Rechte und Verrichtungen in Gemäßheit des § 1 im Gesetz vom 20. Mai 1874 demjenigen, welcher den ihm ertheilten kirchlichen Auftrag darthut, auch ohne die im § 2 vorgeschriebene eidliche Verpflichtung durch Beschluss des Staatsministeriums gestattet werden.

In gleicher Weise kann von dem Nachweise der nach § 2 erforderlichen persönlichen Eigenschaften, mit Ausnahme des Erfordernisses der deutschen Staatsangehörigkeit, dispensirt werden.

Artikel 3.

Die Einleitung einer kommissarischen Vermögensverwaltung in den Falle des Artikels 2 dieses Gesetzes findet nur mit Ermächtigung des Staatsministeriums statt. Dasselbe ist auch ermächtigt, eine eingeleitete kommissarische Vermögensverwaltung wieder aufzuheben.

Artikel 4.

Die Wiederaufnahme eingestellter Staatsleistungen kann, abgesehen von dem Falle § 2 des Gesetzes vom 22. April 1875, für den Umfang eines Sprengels durch Beschluss des Staatsministeriums angeordnet werden.

Der Schlusssatz des § 6 derselben Gesetzes findet sinngemäße Anwendung.

Die vorstehenden Artikel waren nach der Vorlage vom 19. Mai 1880 dazu bestimmt, das Bedürfnis zu befriedigen, welches für eine freiere Handhabung des Gesetzes vom 20. Mai 1874 über die Verwaltung erledigter katholischer Bistümer, sowie des Gesetzes vom 22. April 1875, betreffend die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bistümer und Geistlichen, während der letzten Jahre merklich geworden ist und mit dem Wachsen gegenseitiger Verständigung voraussichtlich mehr und mehr hervortreten wird. Es handelt sich hierbei darum, daß Schärfe der gesetzlichen Vorschriften durch die Möglichkeit ihrer Nichtanwendung oder beschränkter Anwendung zu mildern, ohne das Gesetz selbst außer Kraft setzen zu müssen. Insbesondere erscheint die Wiederherstellung des Artikels 2, welcher das Staatsministerium ermächtigt, nach Lage des konkreten Falles die Ausübung bischöflicher Rechte und Verrichtungen auch ohne eine vorangegangene eidliche Verpflichtung des Bishumverwesers zu gestatten, werthvoll. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß, wenn es gelungen ist, durch Einführung von Kapitular-Bilaren die Wiederkehr geordneter Verhältnisse in den Diözesen Osnabrück, Paderborn und Breslau anzubauen, dies vornehmlich der Existenz und der Anwendung des Artikels 2 zu verdanken bleibt. Auch die Artikel 3 und 4 verdienen erhalten zu werden, da die durch dieselben der Staatsregierung gewährten Befugnisse die Möglichkeit gewähren, nach Lage des einzelnen Falles Erleichterungen zu gewähren, wie dies noch neuerdings durch Wiederaufnahme der Staatsleistungen für den preußischen Anteil der Erzdiözese Prag geschieht.

Artikel 2.

Nachdem es mit Hilfe der der Regierung mittels Gesetzes vom 14. Juli 1880 gewährten Fakultäten möglich geworden ist, in denjenigen Bistümern, deren Stühle auch kirchlich als erledigt galten, eine geordnete Diözesanverwaltung wieder herzustellen, gewinnt die Frage der Wiederherstellung einer regelmäßigen oberbürgerlichen Leitung auch für diejenigen Sprengel, deren frühere Bischöfe durch gerichtliches Urtheil aus dem Amte entlassen sind, in hervorragender Weise an Bedeutung.

Schon bei Vorlage der kirchenpolitischen Novelle im Jahre 1880 mußte die königliche Regierung es als ihre Überzeugung aussprechen, daß eine Regelung dieser besonders schwierigen Frage wesentlich würde gefördert werden, wenn sich durch Gesetz die Möglichkeit schaffen ließe, einem oder dem anderen jener aus dem Amte entlassenen Bischöfe die staatliche Anerkennung als Bischof seiner früheren Diözese wieder zu ertheilen. Die inzwischen gewonnenen Eindrücke haben die Regierung in dieser Überzeugung nur verstärken können. Die bezügliche Bestimmung der kirchenpolitischen Vorlage von 1880 hat deshalb in dem Artikel 2 des gegenwärtigen Entwurfs von Neuem Aufnahme gefunden.

Artikel 3.

Um die Wiedereinführung einer pfarramtlichen Seelsorge, beziehungsweise die Heranbildung der Kleriker zu erleichtern, bieten sich folgende Mittel dar:

a) die Dispensation der Geistlichen von den Bedingungen der Vorbildung.

b) Die Dispensation der Lehrer an den kirchlichen Unterrichtsanstalten von den Bedingungen der Vorbildung, beides zusammengefaßt im Artikel 3 des Entwurfs, welcher der Bestimmung unter Nr. 1 des Artikels 1 der Vorlage vom 19. Mai 1880 entspricht. Die Wiederaufnahme dieser Bestimmung rechtfertigt sich durch die Erwägung, daß die fragliche Dispensationsbefugnis ein wesentliches Mittel ist, um die zur Zeit vorhandenen Lücken in dem Bestande der mit der Seelsorge betrauten Geistlichen auszufüllen und dadurch einem anerkannt dringenden Bedürfnisse der katholischen Bevölkerung thunlichst zu begegnen.

Artikel 4 und 5

haben gleichfalls den Zweck, die Wiederherstellung der Seelsorge zu fördern.

Zu diesem Beuf schlägt zunächst Artikel 4 die Umgestaltung des § 16 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 vor, welcher lautet:

Der Einpruch ist zulässig:

1. wenn dem Anstellenden die gesetzlichen Erfordernisse zur Bekleidung des geistlichen Amtes fehlen;

2. wenn der Anstellende wegen eines Verbrechens oder Vergehens, welches das deutsche Strafgesetzbuch mit Zuchthaus oder mit dem Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte oder dem Verluste des öffentlichen Amtes bedroht, verurtheilt ist oder sich in Untersuchung befindet;

3. wenn gegen den Anstellenden Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß derselbe den Staatsgesetzen oder den innerhalb ihrer geistlichen Zuständigkeit erlassenen Anordnungen der Obrigkeit entgegenwirken oder den öffentlichen Frieden stören werde.

Die Thatsachen, welche den Einspruch begründen, sind anzugeben.

Gegen die Einspruchserklärung kann innerhalb 30 Tagen bei dem königlichen Gerichtshofe für die kirchlichen Angelegenheiten und so lange dessen Einstellung nicht erfolgt ist, bei dem Minister der geistlichen Angelegenheiten Berufung eingelegt werden. Die Entscheidung ist endgültig.

Der Gesetzentwurf beabsichtigt in diesem Punkte zu der Regierungsvorlage vom Jahre 1873 zurückzuführen, welche den bewährten Bestimmungen in anderen deutschen Staaten sich anschließt und insonderheit die Entscheidung über den Einspruch lediglich in die Hand verantwortlicher Verwaltungsinstitutionen legte. Diesen gesetzgeberischen Gedanken gegenwärtig wieder aufzunehmen, erscheint um so mehr angezeigt, als die über den Einspruch entscheidende Behörde nicht nur an die tatsächliche Lage des Einzelfalles gebunden sein darf, sondern bei ihren Entwicklungen eine freiere Beurtheilung nach Zeit und Ort, unter gleichmäßiger Berücksichtigung der staatlichen Interessen überhaupt, eintreten zu lassen hat.

Ist Artikel 4 dazu bestimmt, das Verfahren in Beziehung auf die Pflicht der geistlichen Oberen zur Benennung der anzustellenden Geistlichen auf einer richtigeren Grundlage zu ordnen, so hat Artikel 5 den Zweck, in Beziehung auf den Umfang dieser Pflicht die Möglichkeit von Erleichterungen zu schaffen, die ohne Gefährdung wesentlicher Rechte des Staates gewährt werden können. Denn einerseits wird der Grundfak der Benennungspflicht bei allen festen Anstellungen, sowie bei der Einrichtung von Vertretungen in erledigten Amtern festgehalten und damit ein Rechtszustand geschaffen, wie er vor dem in Preußen bestand und noch gegenwärtig in den meisten deutschen Staaten sich in allzeit anerkannter Uebung befindet. Wenn andererseits der Entwurf der Befreiung von der Benennungspflicht hinsichtlich der katholischen Kirche der Ernächtigung der Regierung für bestimmte Bezirke vorbehält, so nötigt dazu insbesondere die Rücksicht, daß der Staat zur Sicherung seiner eigenen Interessen sich die Möglichkeit vorbehalten muß, nach Lage der Umstände das oberhoheitliche Aufsichtsrecht bezüglich der Bestellung von Geistlichen in vollem Umfange zur Geltung zu bringen.

Deutschland.

+ Berlin, 16. Januar. Die Thronrede, mit welcher der preußische Landtag am Sonnabend eingeleitet wurde, eröffnet die Aussicht auf eine lange arbeitsreiche Session. Da ist zunächst der Etat zu erledigen, sodann ein neues Verwendungsgez, welches durch die Hinzufügung der Schulgeld-Besetzung und Volkschul-Entlastung, sowie der Erhöhung der Beamten-Bejolbungen als Verwendungszwecke zu der Herabminderung der direkten Steuern und Kommunal-Abgaben die weitreichendsten Ziele auffstellt. Es kommt ferner ein sehr umfassender Vorschlag zur weiteren Eisenbahn-Verstaatlichung hinzu und wenigstens ein Anlauf zur energischen Förderung des Kanalbauwesens. Ferner wird sich der Landtag mit der Kreis- und Provinzialordnung für Hannover und einer neuen Regelung der Pensionsverhältnisse der Beamten und ihrer Hinterbliebenen zu beschäftigen haben. Alles Andere aber überragt die neue Kirchenvorlage. Es ist ein überreicher und höchst bedeutungsvoller Arbeitsstoff, der die Kräfte des Abgeordnetenhauses aufs Äußerste anspannen wird. An eine Erledigung dieses Materials vor Ostern kann gar nicht gedacht werden; es könnte vielmehr leicht Pfingsten darüber herankommen. Ob unter diesen Umständen die Einberufung einer Frühjahrssession des Reichstages sich als praktisch ausführbar erweisen wird, dürfte zweifelhaft sein; jedenfalls müßten die beiden parlamentarischen Körperschaften wieder längere Zeit nebeneinander tagen.

Wie verlautet, hat der Kaiser den zum 18. d. Mts. projektierten Fadenzug der Subalternbeamten abgelehnt.

Es scheint, daß der Erlass vom 4. d. Mts., obgleich er nur an das preußische Staatsministerium gerichtet ist, amtlich allen Reichsbeamten zur Kenntnis gebracht worden ist. Auch der Statthalter von Elsaß-Lothringen veröffentlicht ihn mit folgender Einleitung:

Den nachstehenden, an das königlich preußische Staatsministerium gerichteten Erlass Seiner Majestät des Kaisers und Königs vom 4. I. Mts. theile ich hiermit allen Elsaß-lothringischen Landes-

Im Unglück starb.

Roman nach dem Englischen frei bearbeitet von G. Sternau.

(Nachdruck verboten.)

(4. Fortsetzung.)

"Warte, mein Freund, Dich werde ich schon wieder erkennen, wenn es nötig sein sollte," sagte Wirtlow. "Vielleicht sind Sie auch ein Shaldon, ein armer oder ein verkommen Verwandter; wer weiß, wer Sie sind, aber wenn Sie mit den beiden Frauen dort oben nicht in Verbindung stehen, will ich mich hängen lassen!"

In diesem Augenblick öffnete sich die Thür und Mrs. Graves erschien auf der Schwelle. Sie hatte ihren Hut abgenommen und sah womöglich noch ungeschlachter aus als vorher. Sie winkte dem Auktionsator, der ihr entgegenkam.

"Miss Shaldon erwartet Sie," sagte die alte Frau.

"Wollen Sie mir den Weg zu ihr zeigen, Mrs. Graves?" Sie wohnt Zimmer Nr. 14, hoffentlich werden Sie sich allein zurecht finden."

"Ich will's versuchen," sagte er und verließ das Zimmer, während Mrs. Graves an der offenen Thür stehen blieb und ihm nachsah, bis er die Treppe erstiegen hatte.

Oben angelangt, fand er leicht Nr. 14 und klopfte an.

"Herein!" rief eine sanfte Stimme von innen.

Er drückte auf die Klinke und trat ein.

Miss Shaldon saß vor einem geöffneten Schreibtische, eine Feder in der rechten Hand, während sie mit der linken ihren Kopf stützte. Er hatte sie schon am Nachmittage sehr hübsch gefunden, aber jetzt, ohne Hut und Schleier, erschien sie ihm von überraschender Schönheit. Ihre edlen, klassischen Züge drückten Bildung und Vornehmheit aus. Es war ein offenes, wie man zu sagen pflegt, sprechendes Gesicht, in dem sich alle Empfindungen der Seele wiederspiegeln. Es kam Mr. Wirtlow vor, als habe sie fast gefürchtet, statt seiner einen Anderen eintreten zu sehen, vielleicht jenen "verlaufenen Strolch" aus dem Kaffeezimmer. Sie schien sichlich erfreut, daß dem nicht so war, und Mr. Wirtlow fühlte sich dadurch angenehm geschmeichelt.

"Guten Abend," sagte sie freundlich, mit einem Lächeln, das den armen, empfänglichen Auktionsator fast gänzlich außer Fassung brachte. "Bitte, nehmen Sie Platz, Mr. Wirtlow. Ich muß um Entschuldigung bitten, Sie hierher bemüht zu haben,

beamtet, welche Seiner Majestät den Eid der Treue geleistet haben, zur Kenntnis und Nachachtung mit."

Aus Manheim wird der "N. Bad. Landesztg." berichtet, daß die Beamten der dortigen Reichsbankstelle zur schriftlichen Bestätigung genötigt wurden, daß der Erlass ihnen zur Kenntnis gebracht worden sei. Danach ist anzunehmen, daß auch an anderen Orten so verfahren worden ist.

Die "Germania" knüpft an die neue kirchenpolitische Vorlage folgende Bemerkungen:

"Nach dem Gesetzentwurf und seiner Begründung fehlt es auch heute noch der Staatsregierung an der Basis zu einem wirklichen Frieden und segnenden Frieden zwischen Staat und Kirche: an der Überzeugung und dem Vertrauen, daß die freie Thätigkeit der Kirche auch für den Staat eine Wohlfahrt und für die katholische Kirche eine Nothwendigkeit ist. Wiederum lehrt die Versicherung wieder, in den Bewilligungen so weit geben zu wollen, als dies geschehen kann, ohne das Wohlergehen der gesammten Staatsangehörigen, die Sicherheit des Staates und die Unabhängigkeit seiner Gesetzgebung zu gefährden". Ebenso beruht der Gesetzentwurf wieder neben einigen dauernden Änderungen der Maigesetze, insbesondere betreffs der Angeleignis, auf diskretionären Besugnissen für die Staatsregierung; indem dieselben in der Begründung "aus der jetzigen Lage der Verhältnisse" erklärt werden, könnte man annehmen, auch die Staatsregierung sei jetzt zu der Erkenntnis gekommen, eine durchschlagende Revision der Maigesetze sei zwar noch auszuschließen, aber doch nicht zu verneinen. Da wir aber keine Gründe seien, warum nicht jetzt geschehen kann, was nötig ist, da ferner der Gesetzentwurf selbst von einem vorübergehenden Charakter seiner Regelungen nichts sagt und die Motive ja nicht entscheiden, so bleibt gegenüber dem Gesetzentwurf, soweit er diskretionäre Vollmachten enthält, das beständige Bedenken, daß man, sobald diese erreicht sind, regierungseitig kein Bedürfnis mehr empfinden könnte, da er und zu ändern. Das gilt selbst von der jetzigen Regierung, und diese Sorge verstärkt sich im Hinblick auf die niets vorhandene Möglichkeit anderer gesinner Minister. Neu ist in der Motivierung der diskretionären Besugnisse "die Rücksicht auf die Landesteile mit polnischer Bevölkerung". Wir können dem gegenüber nur erklären, daß auch in diesen Landesteilen die Kirche durch ihre göttliche Sendung und durch historisches, in Verträgen und Königsworten feierlich garantirtes Recht nicht der Gnade wechselnder Regierungssysteme überlassen bleiben kann, daß auch hier die Thätigkeit der Kirche nur gute Unterthanen erzielen wird, bas auf die polnischen Unterthanen — was man sich überhaupt betrifft der gesamten Maigesetze merken sollte — durch gute Behandlung eher gewonnen werden, als durch schlechte. — Was den speziellen Inhalt des Gesetzentwurfs angeht, so müssen wir uns, da er erst kurz vor Schluss des Blattes uns zugeht, eine genauere Besprechung noch vorbehalten, obgleich dieselbe, da die Verhältnisse ja sehr klar liegen und die Prinzipien und praktischen Fragen seit Jahren unendlich häufig erörtert sind, prima vista möglich ist. Gegenüber dem Juligesetz enthält der Gesetzentwurf in der That wieder einige Fortschritte, die wir gerne, wie jede Koncession auf dem Wege zur Wiederherstellung des Friedens, anerkennen. Aber die Maigesetze haben so durchaus die Natur und Aufgabe der Kirche und ihr Verhältnis zum Staat verkannt und entstellt, daß solcher Schritte, wie jetzt wieder einer vorliegt, noch viele nötig sind, um von Frieden reden zu können. Viele der wichtigsten Punkte der Maigesetze werden noch gar nicht berührt, andere theils diskretionär oder doch materiell ungängig gereget. Der Gesetzentwurf stellt zunächst die am 1. Januar außer Kraft getretenen §§ 2, 3 und 4 des Juligesetzes wieder her, nimmt dann aus dem Juligesetzentwurfe des vorigen Jahres den damals verworfenen Bischofsparagrafen wieder auf und im wesentlichen auch noch einen anderen Paragraphen jenes Entwurfs, wonach das Ministerium Grundsätze zu Dispensationen von einigen Erfordernissen der Maigesetze soll aufstellen dürfen. Die übrigen 1880 verworfenen Paragraphen des Juligesetzentwurfs werden nicht wieder aufgenommen, dagegen bringen die §§ 4 und 5 des jetzt vorliegenden Gesetzentwurfs etwas Neues: eine neue Regelung der Angeleignis, welche den Einspruch auf burgerliche und staatsbürgerliche Gründe beschränkt, während die bisherige faulbürtige Bestimmung auch rein kirchliche Einspruchsgründe zuläßt, wobei aber nicht zu vergessen ist, daß auch unter den Worten "burgerlich und staatsbürgerlich" nach der jetzt geltenden Auffassung sich noch recht tiefe Einsprüche ins kirchliche Gebiet lassen lassen; es werden ferner auch künftig

noch die Vorschriften über Vorbildung der Geistlichen unter dem Einspruchsrecht begriffen. Statt an den kirchlichen Gerichtshof soll die Appellation gegen den Einspruch an den Kultusminister ergeben, welcher endgültig entscheidet. Er hat sich für den Einspruch nicht mehr anzugeben, sondern nur — was die Lage der Kirche verschlechtert Gründen. Artikel 5 endlich bringt eine diskretionäre Erleichterung zur Anstellung von Hilfsgesetzlichen. So weit für heute über den wiederum einen gewissen Fortschritt bedeutsam, aber noch durchaus keinen Abschluß ermöglichen den Gesetzentwurf!"

Wie die "Tribüne" vernimmt, hat Herr v. Puttkamer in einem Privatgespräch mit einem Abgeordneten seine und des Herrn v. Gosler Abwesenheit bei der Abstimmung über den Windthorst'schen Antrag mit dienstlicher Behinderung erklärt und bemerkt, daß sie andernfalls gegen den Antrag gestimmt haben würden. Er fügte hinzu, daß derselbe nach seiner Ansicht keine Aussicht habe, im Bundesrathe angenommen zu werden.

In parlamentarischen Kreisen erzählt man, wie die "Germania" mittheilt, daß die Stellung des Ministers für Landwirtschaft Dr. Lucius erschüttert sei. Man bringt das in Verbindung mit angeblichen Differenzen zwischen dem Minister und dem Fürsten Bismarck bezüglich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die "Germania" will für diese Gerüchte keine Gewähr übernehmen.

Die vom Staatssekretär des Innern von Bötticher einberufene technische Subkommission der großen Reichs-Polizei-Kommission trat heute im kaiserlichen Gesundheitsamte zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Den Vorsitz führte der Direktor des Gesundheitsamtes, Geheimrath Dr. Struck. Die Subkommission besteht aus den chemischen und pharmaceutischen Mitgliedern der Plenarkommission, welchen außerdem als ärztliche Delegirte die Professoren von Ziemen (München), Gerhard (Würzburg) und Cullenburg (Greifswald) beigegeben sind. Aus den Beratungen dieser Subkommission dürfte ein völlig ausgearbeiteter und in allen Details fertig gestellter und geprüfter Entwurf des neuen deutschen Arzneigeschriebes hervorgehen. Derselbe wird dann den im Gegensatz zur ursprünglichen Kommissionsmehrheit gefassten Bestimmungen des Bundesrates zufolge, ins Lateinische übertragen werden, um später der Plenarkommission in dieser Gestalt zu nochmaliger definitiver Durchberatung unterbreitet zu werden.

Die von einer Seite gebrachte Nachricht über die Erhöhung der Tabaksgewichtsssteuer um das Dreißigfache des gegenwärtigen Saches, welche die Reichsregierung beantragen wolle, wird den "B. Pol. N." als auf bloßer Kombination beruhend bezeichnet. Richtig sei es ja, daß die Reichsregierung nach wie vor daran festhalte, daß der Ertrag aus dem Tabak bedeutend erhöht werden müsse, und daß in dieser Beziehung u. A. auch eine Erhöhung der Gewichtssteuer ins Auge gefaßt sei. Vor Allem aber sei es das Tabaksmonopol, auf welches das meiste Gewicht gelegt werde; erst nach event. Ablehnung des Monopols durch den Reichstag würde den Projekte der Erhöhung der Gewichtssteuer näher getreten werden. Über die hierbei in Betracht kommenden Sätze seien bisher keinerlei Entschlüsse gefaßt worden.

Die "Tribüne" spricht die Erwartung aus, daß die Nationalliberalen die Konsequenzen ihres Standpunktes, wonach eine längere Pause in der weiteren Verstaatlichung der Eisenbahnen eintreten soll, ziehen und den weiteren Ankauf von Privatbahnen nicht genehmigen werden; kein Liberaler könne es verantworten, wenn nach den kürzlich über die Stellung des Beamtenhums gepflanzten Grörterungen sich die Zahl der Be-

anstatt, wie ich zuerst beabsichtigte, zu Ihnen zu kommen; aber ich hatte Abhaltung."

"Bitte, es hat nichts zu sagen," versetzte Mr. Wirtlow.

"Es ist ein schreckliches Wetter. Es thut mir leid, Sie Ihrem Kaminfeuer, vielleicht Ihrer Frau und Ihren Kindern heute Abend entzogen zu haben."

"Ich bin nicht verheirathet," Miss Shaldon, beeilte er sich zu sagen.

"Das ist, wie ich gehört habe, ein großer Nachtheil für einen Geschäftsmann," sagte sie, "aber ich habe so manche weise Bemerkung in meinem Leben gehört."

Es lag eine leichte Ironie und eine verdeckte Traurigkeit in der Art und Weise, wie sie dieses sagte, sie gab sich diesem Zuge aber nicht hin, sondern, rasch den Ton wechselnd fuhr sie fort:

"Aber jetzt, bitte, zu unseren Geschäften."

"Wie Sie befiehlen."

"Ich sehe hier," und dabei nahm sie mehrere bedruckte Papiere auf, die neben ihr auf dem Tische lagen und sich auf den Verkauf von Weddercombe bezogen, "daß der Käufer zur sofortigen Besitznahme des Gutes berechtigt ist. Wie habe ich das zu verstehen?"

"Sobald Ihr Anwalt Einsicht von den früheren Besitztiteln genommen und der neue Kaufkontrakt ausgefertigt und unterschrieben ist."

"Sind die hiesigen Anwälte zuverlässig?"

"Durchaus zuverlässig!" rief Wirtlow, über diese Frage entsezt aus.

"Dann werde ich Ihnen die ganze Angelegenheit übergeben.

"Ich kann Ihnen demgemäß auch meine übrigen Rechtssachen anvertrauen. Wenn nicht, würde es auch nicht viel verschlagen."

"Auch nicht viel verschlagen!" Wolte sie damit sagen, daß es ihr gleichgültig sei, betrogen zu werden oder nicht? Wie reich mußte sie sein!

"Ich werde den Herren heute schreiben, denn ich wünsche mich in Weddercombe noch vor Ende der Woche einzurichten."

"Ich fürchte, Madame, daß dies nicht wohl möglich ist."

"Ich werde versuchen es möglich zu machen," sagte sie leicht.

Mr. Wirtlow konnte hierauf nichts weiter erwirken, Miss Shaldon schloß ihren Schreibtisch, stand auf, ließ sich auf einem Sessel neben dem Kamin nieder, und ihre weißen Hände über das Feuer haltend, als friere sie, schaute sie in die hellodernde

Flamme. Sie schien Mr. Wirtlow's Gegenwart ganz vergessen zu haben, bis ein leises Husteln derselben sie aus ihrem Träumen erweckte.

Das Haus liegt etwa eine halbe Meile von der Landstraße ab?" fragte sie.

"Ungefähr, ja."

"Und man kann es von dort aus nicht sehen?"

"Selbst im Winter nicht, Miss Shaldon."

"Eine schöne Zurückgezogenheit, den Blicken der Welt hinter Bäumen verborgen," sagte sie mehr vor sich hin sprechend, wie zu Mr. Wirtlow.

"Dort werde ich Frieden finden oder nie."

"Entschuldigen Sie, Sie sagten?" begann der Auktionsator.

"Ich weiß selbst kaum, was ich rede," versetzte sie lächelnd, "der heutige Tag hat mich etwas aufgeregt. Wer ist eigentlich Sir Charles?" fragte sie dann weiter.

"Ein Herr, dem sehr viel daran gelegen war, die Besitzung zu erstein, welche dicht an die seine grenzt."

"Sir Charles, wie heißt er gleich? — Grandison?"

"Andison, nicht Grandison," verbesserte der Auktionsator.

"Mr. Richardson sagte mir, Sir Grandison sei ein vollendet Gentleman," fuhr Miss Shaldon gelassen fort.

"Wie, Richardson, der Schmied? Der weiß viel davon, was ein Gentleman ist oder nicht; übrigens heißt er Andison, nicht Grandison, bitte das nicht zu vergessen; Sie können Sir Charles nicht schwerer kränken, als durch eine Verunklaltung seines Namens."

"Ich werde nicht oft Gelegenheit haben, ihn bei seinem Namen anzureden," erwiderte die Dame.

"Er wird Ihr nächster Nachbar sein."

"Seine Ländereien stoßen an die meinigen, aber seine Wohnung ist zwei Meilen von der meinigen entfernt. Mir sind Nachbarn unangenehm. Ich habe bis jetzt keine Gelegenheit gehabt, meinen Nachbarn wie mich selbst zu lieben, vielleicht ändert sich dies in Weddercombe."

Sie lachte, aber trotz ihrer Heiterkeit klang eine tiefe Melancholie durch, welches Mr. Wirtlow indessen entging. Er war entzückt, in ihr eine so liebenswürdige Dame zu finden, und war jetzt auch sicher, daß er sein Geld erhalten würde und nicht das Opfer einer Täuschung geworden sei. Als sie aufstand, bemerkte er zum erstenmale, daß sie in Trauer war. Auch er erhob sich, den Wink verstehend, und sie sagte:

amten um viele Tausende vermehrt; stimmen die Nationalliberalen dagegen, dann giebt es ohne Zentrum keine weitere Verstaatlichung der Eisenbahnen.

Der Kompetenzkonflikt, welchen Fürst Bismarck in seiner Eigenschaft als Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Angelegenheit der bei den hiesigen Bankhäusern Diskontogesellschaft und Bleichröder mit Beschlag belegten 50,000 Mark rumänischer Staatsgelder erhoben hat, gelangte am Sonnabend vor dem hierzu berufenen Gerichtshof zur Entscheidung von Kompetenzkonflikten zur Verhandlung. Das Urtheil lautete dahin, daß der Rechtsweg als unzulässig erklärt und der Kompetenzkonflikt für begründet erachtet wurde.

Die Wahlen zum Provinziallandtag von Ostpreußen sind nunmehr bis auf die im Kreise Braunsberg vollzogen. Das Resultat ist für die liberale Partei, welche bisher die unbestrittene Majorität im Provinziallandtag hatte, ein sehr ungünstiges; die Situation hat sich derartig verändert, daß die „R. L. B.“ kaum noch auf die Majorität für die Liberalen zählt.

Wie ein Korrespondent der „Magdeburg Zeitung“ von Mitgliedern der Reichstagsbaukommission vernimmt, würden bis zum April dieses Jahres die Vorbereitungen für die Errichtung des Reichstagsgebäudes so weit gebiehen sein, daß schon im Sommer mit dem Abbruch des Palais Raczyński werde vorgegangen werden können. Die Kommission wird auch während der Vertragung des Reichstags zusammentreten und in der Lage sein, dem Plenum bei Wiederbeginn der zweiten Sessionshälfte ausführlich Bericht zu erstatten.

Der Reichstagsabgeordnete Dizek wurde auf telegraphische Weisung aus Berlin durch Anordnung des württembergischen Justizministeriums Sonnabend Abend aus der Untersuchungshaft entlassen.

Dem Herrenhause ist die angekündigte Vorlage, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten, zugegangen. Die Rassenbeiträge betragen danach 3 pt. des pensionsfähigen Dienstinkommens, des Wartegeldes oder der Pension (Gehalt und Wartegeld werden jedoch nur bis zur Höhe von 9000 M. Pension nur bis 5000 M. in Berechnung gebracht). Das Wittwengeld beträgt $\frac{1}{2}$ der Pension des Verstorbenen resp. derjenigen, welche er bezogen haben würde, wenn er am Todestag in Ruhestand versetzt wäre, doch soll es mit einem Vorbehalt mindestens 100 und höchstens 1600 M. betragen. Das Wartegeld beträgt 1) wenn die Mutter lebt und beim Todessfall zum Bezug von Wittwengeld berechtigt war, $\frac{1}{2}$ des Wartegeldes, 2) wenn die Mutter nicht mehr lebt und beim Tode des Vaters nicht bezugsberechtigt war, $\frac{1}{2}$ des Wartegeldes für jedes Kind.

Unter Bezugnahme auf die bezüglichen Beschlüsse des Bundesrats und des Reichstags ist dem Bundesrat den Entwurf eines Rechtsvertrags für 1882/83 zugegangen. Derselbe fordert die nachträgliche Einstellung in den Reichshaushaltsetat von 7,755,000 M. als erste Rate zur Errichtung des Reichstagsgebäudes. Eine entsprechende Summe ist in die Einnahmen zu setzen mit der Ueberschrift: „Aus dem Reichstagsgebäudefonds.“ Der bei Kapitel 19 Titel 3 sich ergebende Wiederbetrag an Zinsen des Reichstagsgebäudefonds ist, soweit derselbe nicht durch Mietverträge bei den außer den Matrularbeiträgen zur Reichsfläche liegenden regelmäßigen Einnahmen seine Deckung findet, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen. Voraussichtlich wird sich dieser Zinsenausfall auf 2- bis 300,000 M. belaufen. Von der geforderten Summe entfallen 7,275,000 M. auf den Erwerb der erforderlichen Grundfläche, 400,000 M. auf die Kosten der Straßenregulierung und 100,000 M. auf die Kosten für die Vorarbeiten.

Die am Sonnabend gebildeten Abteilungen des Hauses der Abgeordneten haben sich in folgender Weise konstituiert: Zu Vorsitzenden, deren Stellvertretern, Schriftführern und deren Stellvertretern sind gewählt: 1. Abteilung: Dr. Windthorst, v. Wedell, Böbs, Kalle; 2. Abteilung: v. Luck, Graf

„Ich denke, wir sind einverstanden, Mr. Wirtlow; Sie werden die Güte haben, Alles zu thun, was in Ihren Kräften steht, damit ich die Besitzung so bald wie möglich antreten kann. Ich wünsche zur Ruhe zu kommen, mich heimlich zu fühlen.“

„Verlassen Sie sich darauf, daß ich mich beeifern werde, Ihnen Wünschen nachzukommen,“ sagte Wirtlow, sich tief verbeugend, „indessen —“

„Indessen wird es geschehen, davon bin ich überzeugt. Ich danke Ihnen für Ihre Bemühungen. Guten Abend.“

Mr. Wirtlow empfahl sich, und nachdem es das Zimmer verlassen, kehrte Miss Shaldon an den Schreibtisch zurück, um an ihren Anwalt zu schreiben.

Der Brief war bald geschrieben, und ein Liedchen vor sich hersummend, war sie eben dabei, denselben zuzufliegen, als Mrs. Graves eintrat.

„Wie, Sie singen? Sie?“ fragte die alte Frau erstaunt.

„That ich das wirklich?“ rief sie aus. „Oh, ich hätte nie geglaubt, daß ich je wieder singen würde! Und Du — auch nicht, nicht wahr? Die Zeit heißt viele Wunden. Vielleicht gelingt es ihr auch, mich wieder herzustellen, Jane — oder mich besser und weniger weltlich zu machen wie früher, wenn ich warte, hoffe und bete.“

„Ich werde mein Gebet mit dem Ihrigen vereinen,“ sagte Mrs. Graves mit Nachdruck.

„Ist Arthur fort?“

„Ja.“

„Gut. Er wird Wort hasten und die Schatten, die mich umgaben, werden sich verzehren. Es wird auch Licht werden für die arme kleine Frau, der Du so treu ergeben bist. Es wird Licht werden, des' bin ich gewiß!“ rief sie, in die Hände klatschend wie ein Kind.

„Sie sind zu vorschnell, zu unbedachtsam und schwach.“

Die junge Dame nahm den Verweis demütig hin.

„Ich bin heute Abend wie ein seinem Käfig entflohter Vogel, Jane. Ich bin wie umgewandelt. Sei nicht ungehalten,“ sagte sie entschuldigend, aber noch immer in demselben erregten Tone. „Bedenke, ich beginne ein neues Leben, ich hoffe endlich Ruhe und Frieden zu finden. Fern von der Welt, in Weddercombe eingeschlossen, umgeben von meinen Büchern und meinen Vögeln. Ich habe mich von der Vergangenheit losgesagt und sehe einer Zukunft, frei von Sorgen und Unruhe entgegen.“

Matuschka, v. Niedisch (Rosenberg), Baurschmidt; 3. Abteilung: v. Hammerstein, Delius, Gajewski, Müller (Frankfurt); 4. Abteilung: v. Benningk, Evers, v. Haugwitz, Gorzig; 5. Abteilung: Graf v. Schmieding-Kerssenbrock, Jacoby, Büchtemann, Dr. Krovatschek; 6. Abteilung: Dr. Langerhans, Schmidt (Sagan), Dr. v. Dageow, Fr. v. Wendt und 7. Abteilung: v. Dzembrowski, Dr. v. Cuny, Dr. Mayer (Hohenlohe) und v. Schierstädt.

Wie es nach der „Köln. Ztg.“ heißt, soll am 15. Mai bereits die zur Aufnahme der Berufsstatistik vorzunehmende Zählung stattfinden. Die Gruppen für die Eintheilung der Berufsarten sind festgestellt. In denselben fehlt eine, unter welcher Aerzte und Apotheker zu erscheinen haben, da nur Handelsgewerbe oder sogen. freie Berufsarten für diese übrig bleiben würden.

Man schreibt der „Doss. Ztg.“: Sowie vor wenigen Wochen dem Bischof Korum, so soll dieser Tage dem Bischof von Fulda bei Auffahrt und Eintritt in das königliche Palais zur Audienz beim Kaiser von dem auf der Rampe stehenden Doppel-Ehrenposten angeblich durch Präsentiren des Gewehres das höchste militärische Honorar erwiesen worden sein. Diese Annahme ist durchaus irrig und die Lösung der darüber jetzt wie damals entstandenen Diskussion eine sehr einfache. Allerdings haben die beiden Schilzwachen präsentiert, keineswegs aber vor dem Wagen verlassenden Bischof, sondern vor dem diesem entgegentretenden und ihn beim Eintritt empfangenden Adjutanten vom Dienst, in diesem Falle dem General à la suite Grafen Lehndorff. Wir können nur wiederholen, daß die Wachtinstruktion des deutschen Heeres ein Honorar für Bischöfe, auch wenn dieselben im Ornate sind, nicht kennt.

Das königlich Ober-Verwaltungsgericht hatte vor einigen Jahren bei Entscheidung eines Spezialfalles ausgeführt, daß ein Bedürfnis zum Bestehen einer bestimmten Schankwirtschaft nicht lediglich dann anzunehmen sei, wenn mehr oder minder die gesamte Einwohnerchaft eines Ortes das Fehlen des bestehenden Lokales als einen Mangel empfinden würde, sondern es mit dem Sinn und Zweck der schankpolizeilichen Bestimmungen sehr wohl einbar erscheine, bei Prüfung der Bedürfnisfrage den besondern Ansprüchen bestimmter Gesellschaftsklassen in angemessener Weise Rechnung zu tragen. Es ist aus dieser Entscheidung der Schluß gezogen worden, daß die Thatsache der Benutzung eines bestimmten Schanklokales durch gewisse Gesellschaftsklassen (Vereine etc.) an und für sich genüge, ein Bedürfnis zu dessen fernerem Bestehen zu erweisen. Dieser irrtümlichen Auffassung wird in einer neuerdings in der Streitsache des königlichen Polizei-Präsidiums zu Breslau wider den Restaurateur D. am 19. November 1881 ergangene Entscheidung des königlichen Ober-Verwaltungsgerichtes entgegengesetzt. In derselben wird ausgeführt, wie der Umstand des Besuches eines Schanklokales durch gewisse Gesellschaftsklassen (im vorliegenden Spezialfalle durch die Vorstände und Mitglieder von vier Ortsvereinen) an sich keineswegs ausreichend sei, das Bedürfnis zum fernerer Bestehen des bestehenden Lokales zu beweisen, sondern nur bei Prüfung des Bedürfnisses als ein Beweismoment mit in Betracht gezogen werden könne.

Bei Aufnahme des § 52 in das preußische Ausführungsgesetz vom 6. März 1879 zur deutschen Konkursordnung vom 10. Februar 1877 ist, nach einem Spezialbescheide des Ministers des Innern vom 5. Dezember v. J., wie die Entstehungsgeschichte des gedachten Gesetzes ergiebt, ausdrücklich beachtigt gewesen, die in Hinsicht der Folgen einer Konkurs-Öffnung in den Gemeindeverfassungsgesetzen der einzelnen Landesteile früher bestehenden Verschiedenheiten dahin auszugleichen, daß das Bürgerrecht fortan überall nur während der Dauer des Konkursverfahrens eine Schmälerung erleide und nach beendigtem Konkurse von selbst wieder in vollem früheren Umfang auflebe.

Im Anschluß an den Zirkular-Erlaß vom 15. September 1879, betreffend die Ausführung des § 153, Absatz 2 des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877, haben die Minister des Innern und der Justiz unter dem 23. November v. J. die nachstehend benannten königlichen Forstbeamten: Revierförster, Hegermeister, Förster, Forstaufseuer und Forsthüllsjäger, sowie diejenigen Waldwärter, welche auf Forstanstallungsberechtigung nach den Bestimmungen des Regulativs vom 16. Februar 1879 (Minist.-Blatt der inneren Verwaltung de 1879 S. 164 ff.) dienen, zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft bestellt.

Frankreich.

Paris, 14. Januar. [Revision des Senates]

Es wird Licht und Leben genug für mich übrig bleiben, um mich zufrieden zu fühlen.“

Die Greifin sah sie mit einem Blick voll Zärtlichkeit und Theilnahme an.

„Ach, wenn Sie nur nicht so jung wären!“ sagte sie.

„Ich werde jeden Tag älter“, versetzte Helene Shaldon scherzend, „doch fühle ich mich nicht mehr jung, nur zu Zeiten, wie Du weißt. Der Himmel weiß, daß ich frühzeitig alt geworden.“

Ein düsterer Schatten tiefer Trauer verbreitete sich über ihre schönen Züge, als sie dies sagte.

„Aber Sie verzweifeln niemals, Sie bleiben stark und fest und kämpfen sich mutig durch,“ entgegnete die alte Frau.

„Ich kämpfte mich bis hierher durch,“ sagte sie bitter, „das ist wahr!“

„Sie haben heute einen anstrengenden Tag gehabt, Helene, wollen Sie sich nicht niederlegen?“

„Es wird wohl das Beste sein,“ versetzte sie matt. „Ich werde von Weddercombe träumen und mich glücklich fühlen. Du sagtest, Weddercombe sei wieder eins von meinen seltsamen Ideen. Ist dem wirklich so?“

„Das hängt davon ab, wie die Sache ausfällt.“

„Natürlich! Aber Du darfst mich nicht immer gleich so herabstimmen, wenn ich etwas zu sanguinische Hoffnungen auf bessere Tage hege.“

„Ich bin eine alte Frau, Helene, und sehe das Leben in dunklem Lichte. Aber ich will versuchen, ihm eine heitere Seite abzugewinnen.“

Helene war aufgestanden, und ihre beiden Hände auf die Schultern der Alten legend, küßte sie dieselbe auf die Wangen.

„Du wirst doch noch in mein Zimmer kommen, ehe ich einschlafe?“ fragte sie.

„Als ob Sie ein Kind wären, dessen Pflege mir anvertraut worden“, erwiderte Mrs. Graves.

„Ja, trage Sorge für mich, Jane“, sagte Miss Shaldon, „Du, welche mir eine zweite Mutter war, als die erste.“

„Still, still! Die Mutter ist tot, und die Todten sollen wir ruhen lassen,“ unterbrach sie Mrs. Graves.

„Ich bin Ihre Freundin, Ihre zweite Mutter, alles, was Sie wünschen, so lange ich lebe. Aber werden Sie dies immer wünschen?“ fragte sie eiferfüchtig.

„Immer.“

Mittwoch, 18. Januar. und Listenwahl der Kammer] heißt die Lösung, mit der Gambetta ziehen oder fallen zu wollen erklärt. Als im vergangenen Sommer die Kammer die Listenwahl mit sieben Stimmen Mehrheit angenommen hatte, als Ähnliches auch vom Senat erwartet wurde, da sagte Gambetta zu Cahors in öffentlicher Rede:

„Ich wünsche, daß man wartet, bis die durch die Verfassung eingerichteten Gewalten ihren Umwandlungsprozeß beendet haben. Der Senat muß dreimal in neun Jahren theilweise erneuert werden. Jetzt schon kann man sehen, daß der Senat bei jeder Erneuerung demokratischer und liberaler wird. Warten Sie die dritte Erneuerung ab und Sie werden sehen, daß die gegen diese Einrichtung erhobenen Vorwürfe mit jedem Tage schwächer werden. Ich glaube deshalb, daß es ganz unbedingt dem Bedürfnisse einer guten Regierung widersprechen würde, unsere Verfassung vorzeitig dem Volke in einem schlechten Lichte zu zeigen.“

Wie wenig sich Gambetta an diese Worte gehalten hat, ist bekannt. Seit der Senat die Listenwahl verworf, hat der erbürtete Feldzug gegen ihn seinen Anfang genommen und ist derartig geführt worden, daß bis vor einigen Tagen alle Aussicht vorhanden war, die Operation mit Einverständnis beider parlamentarischen Körperschaften vollzogen zu sehen. Zwar sagte man mit Recht, der Senat sei ja durch die letzten Wahlen so republikanisch geworden, daß für das republikanische Interesse lediglich Revision überflüssig sei, aber man trat deshalb doch nicht in Gegensatz wider die Revision, weil man einmal an sie als etwas Unvermeidliches gewöhnt war. Jules Simon allein führte mit Lust und Liebe den Kampf weiter, aber er selbst mag wohl nur mittelmäßiges Vertrauen in seinen Erfolg gesetzt haben, bis ihm jetzt ein unerwarteter Bundesgenosse gekommen ist. Kein Geringerer als Gambetta selbst hat das Arsenal Jules Simons mit einer neuen und mächtigen Waffe ausgestattet, der Listenwahl, die er nun noch vor der Senatsrevision dem Beschluß der gesetzgebenden Körper vorlegen will. Damit ist ein neuer Faktor in den Kampf eingeführt, der von zwei Seiten betrachtet werden will, der sachlichen und der persönlichen. Was die erstere anbetrifft, so ist zunächst zu bemerken, daß sich das Land zu der Frage der Wahlreform im allgemeinen kühl stellt und sie wohl ohne Widerstand, aber auch ohne Begeisterung würde über sich ergehen lassen.

Revision und Listenwahl, sagt der pariser Korrespondent der „Köln. Ztg.“, sind durch gleichzeitige Einbringung eine Einheit geworden, so daß die Feinde der Listenwahl denen der Revision Verstärkung abringen werden, und umgekehrt. Bei den Deputirten und Senatoren ist politisch die Rücksicht entscheidend, ob dem Ministerium Gambetta durch die Abstimmung Nutzen oder Schaden zugefügt wird. Unter ganz ähnlichen Verhältnissen kam im vorigen Jahre die Listenwahl zu Fall. Ohne nun sagen zu wollen, daß damals persönliche Beweggründe nicht auch mitgewirkt hätten, ist es doch sicher, daß diese jetzt noch stärker hervortreten werden. Und da ganz gewiß geheimer Abstimmung beantragt werden wird, wer kann dann nachweisen, welche Gambettisten ihren Herrn und Meister verrathen haben? Gambetta kann über diese seinen Plänen ungünstige Stimmgabe durchaus nicht im Unklaren sein. Wenn er trotzdem erklären würde, daß er die Annahme der Listenwahl zur Kabinetsfrage machen würde, so ist das so zu erklären, daß er zuversichtlich an seinen Stern glaubt, oder daß er, der Regierung unter den obwaltenden Umständen müde, es vorziehe, mit der Listenwahl zu fallen, als ohne Listenwahl zu bleiben. Ein letzteres möchte ich nicht glauben; daß aber die Kabinettsfrage gestellt werden soll scheint gewiß.

Gambetta, fügt die „Köln. Ztg.“ hinzu, besteht auf Durchführung der Listenabstimmung, obgleich fast alle republikanischen Blätter, mit Ausnahme der persönlichen Blätter des Konseilspräsidenten, sich gegen diese Maßregel aussprechen. Selbst solche Blätter, welche der Listenabstimmung als solcher den Vorzug geben, raten von der Annahme derselben

„Ich die bescheidene Dienerin und Sie die Herrin von Weddercombe, welche bald dort einziehen wird, um als Gebieterin zu herrschen.“

„Vor allen Dingen werde ich versuchen, mich selbst zu befreien,“ sagte sie. „Nun gute Nacht und wenn ich heute zu eigenwillig, zu unlenkbar und zu reizbar gewesen, verzeihe mir und vergiß es.“

„Ich vergebe und vergesse, Helene,“ war die Antwort, „und wenn ich zu kalt, zu theilnahmslos war, so —“

„Aber das warst Du nicht. Ich verstehe Dich und weiß, daß Du es gut meinst. So! — und das schöne Mädchen küßte die alte Frau nochmals und verließ das Zimmer. (Fortsetzung folgt.)

Stadttheater.

Posen, 17. Januar.

Man kann nicht behaupten, daß sich unsere Oper aus dem ziemlich ausgeahnen Geleise durch das gegenwärtige Gastspiel habe ableitensfassen. Auf „Carmen“ und „Barbier von Sevilla“ folgte gestern der „Troubadour“, das einzige von Verdi, was uns seit ungefähr einem Lufrum andauernd geboten wird. Natürlich bot diese Vorstellung durch die Doppelwirkung der verehrten Gäste nichtsdestoweniger Anreiz genug, um das Theater wieder vollkommen zu füllen. Dame Desiré Artôt sang die Azucena und wußte aus dieser echt dramatischen Rolle natürlich den vollen musikalischen Kern herauszuschälen. Sie eignete sich vorzüglich, um das umfangreiche Tongebiet abermals aufs schönste klarzulegen. Ihren Höhepunkt erreichte die Leistung im Terzett des dritten Aktes. Einen durchaus schön gesungenen Grafen Luna bot Herr Padilla, der nur ab und zu durch ein zu aufdringliches Vibrato den wohlverdienten Beifall sich schmälererte. Da diese beiden Rollen italienisch gesungen wurden, bekam die Gesamttaufführung diesmal ein in erhöhtem Maße dualistisches Gepräge, wobei die flieglosere deutsche Sprache entschieden den kürzeren ziehen mußte, selbst wenn Gräfin Leonore sich einer deutlicheren Aussprache befleißigt hätte. Den Manrico haben wir von Herrn Erdmann schon besser gehört; sehr schön erklang auch gestern wieder des Troubadours Sang im Miserere, während die Schlusstretta des dritten Aktes einigermaßen verkümmerte. Der Gräfin Leonore des Fr. Wallly fehlte stellenweise die vollbewußte, uneingeschüchterte Bravour, am schönsten sang sie ihre dem Miserere voraufgehende Arie „In deines

unter den jetzigen Verhältnissen ab, weil sie jetzt Gambetta allmächtig machen würde.

Sogar die „Union républicaine“, das Organ des neuen Seinepräfekten, zeigt Bedenken. Im Ministerrathe, der unter Gambetta's Vorst. am 12. d. gehalten wurde, kam die Frage bereits zur Beratung. Mehrere Minister rieten, die Listenabstimmung aus dem Gesetzentwurf betreffs Veränderung der Verfassung zurückzuziehen; Gambetta blieb jedoch fest in seinem Willen. Darauf beschloß der Ministerrath denn, daß im Gesetzentwurf die Herstellung der Listenabstimmung aufrecht erhalten bleiben, der Entwurf der Deputirtenkammer sofort nach Bildung ihres Bureaus vorgelegt und für denselben die Dringlichkeit verlangt werden sollte.

Das Gambetta'sche Revisionsprojekt zielt darauf ab, die Stellung des jetzigen Präsidenten der Republik zu verkleinern, oder ihn zum Rücktritt zu zwingen. Grévy ist von dem Senat in seiner ursprünglichen Zusammensetzung und von einer Kammer aus einzeln gewählten Abg. auf seinen Posten berufen worden. Nun erklärt man:

Diese Grundlagen beider Kammern seien reaktionär und müßten nothwendig durch demokratischerweise ersetzt werden. Ist dies geschehen, worauf beruht dann noch das volkstümliche Ansehen Grévy's? Es würde rein in der Luft schweben, und Grévy würde nicht blos seinen eigenen Charakter, sondern auch das ihm von seinem Vorgänger gegebene Beispiel verleugnen, wenn er länger in einer Stellung bliebe, in welcher er gleichsam als ein vom früheren Eigentümer mit übernommenes Möbel, das nicht in die neue Einrichtung paßt, angegeben würde. Um konsequent zu sein, müßte also der künftige Kongress, nachdem er die Befugnisse und Zusammensetzung der beiden Kammern neu bestimmt hat, auch die Funktionen Grévy's von Neuem bestätigen. Allein damit das geschehe, müßte es zuvor in das Programm des Kongresses mit eingeschrieben werden und das thut Gambetta aus eigener Initiative nicht, während Grévy zu stolz ist, um seinem Premier etwas anzusinnen oder anzurathen, was als die Forderung einer persönlichen Gefälligkeit gedeutet werden könnte. Früher hatte der Präsident der Republik einen oder den andern ergebenen Freund im Kabinett, der seine Interessen und seine Anschauungsweise vertrat; jetzt ist das Ministerium aus lauter Gegnern Grévy's zusammengelegt; es ist also wenig Aussicht vorhanden, daß Gambetta seine Taktik ändere.

[Gambetta's Revisionsvorlage] lautet in ihren wesentlichen Theilen:

1) Die unabsehbaren Senatorn werden auf den Aussterbe-Stat bestellt. So oft ein unabsehbarer Senator stirbt oder seine Entlassung giebt, wird sein Nachfolger von beiden Kammern getrennt mittels geheimen Stratum gewählt. 2) Die übrigen 250 Senatorn sollen von dem bisherigen Wahlkörper ernannt werden, nur mit dem sehr durchgreifenden Unterschiede, daß während in demselben jede Gemeinde ohne Rücksicht auf die Einwohnerzahl durch einen Delegierten vertreten wird, fortan je ein Delegierter auf 500 Abgeordneten wähler entfallen soll. 3) Es soll bestimmt werden, daß die Wahlen für die Deputirtenkammer in Zukunft mittels Listenfratum erfolgen sollen, mit der Maßgabe jedoch, daß hierfür die Befürirung eines neuen Abgeordnetenwahlgesetzes abzuwarten ist. Bis diese erfolgt, sollen die partiellen Wahlen und im Falle einer Auflösung selbst die allgemeinen Wahlen nach dem bisherigen System, also arrondisementsweise, erfolgen. 4) Hinsichtlich der Befugnisse des Senats in Finnland soll die Verfassung in der Art abgeändert werden, daß die Möglichkeit eines neuen Konflikts zwischen beiden Häusern ausgeschlossen wäre. Der Senat soll das Recht behalten, Kredite, welche das andere Haus eröffnet hat, zu verwerfen, dagegen aber nicht berechtigt sein, seinerseits solche zu eröffnen, zu denen das andere Haus nicht seine Zustimmung gegeben hat. Endlich wird 5) noch beantragt, die Bestimmung der Verfassung von 1875, daß im Beginn jeder Session öffentliche Gebete abgehalten werden sollen, aufzuheben.

Großbritannien und Irland.

[Über die beabsichtigte Reform des parlamentarischen Geschäftsganges] schreibt man der „Röln. Ztg.“:

Es wünscht Niemand unnötige Beeinträchtigung der Redefreiheit, und dem entsprechend hat sich das Kabinett dabin entschieden, an der

Kerkers tiefe Nacht soll meine Klage dringen“. Dadurch wurde im Vereine mit den Klängen des Misserere und mit der Romanze Manicos der entschieden schönsten Partie der Oper ihre volle Wirkung gesichert.

Die internationale Polarforschung.

Von A. Woldt.

(Aus der „Magdeburg. Ztg.“)

Wie eine gigantische Sphinx, rätselhaft und unheilschwanger, so ruht das arktische Geheimniß am Pol, dem Menschengeist und seinem Vormärtsstreben bis jetzt als eine unüberwindliche, riesengroße Schranke aufgebaut!

In die Urwalddichte der Tropen ist der Mensch eingedrungen; er hat die weiten Wüsten des Lustmeeres und des Oceans durchstogen, die Höhen der Berge und die Tiefen der See erforscht; in die Erdrichtungen hinein bohrte sich sein Stahl und in die Weite der Himmelsräume sein bewaffnetes Auge; die Welt des Organischen und Unorganischen hat er ergründet, nur das große Geheimniß des Poles, die Rätsel der Vereisung, sind ihm dunkel geblieben.

Dieselben Phänomene, welche wahrscheinlich das Erscheinen des Menschen auf Erden einleiteten und hervorriefen, indem sie zur Periode der Eiszeit eine Wohnsitzveränderung und Umbildung vieler organischer Wesen erzeugten, sind ihm von jehrer und bis heute verlockende Anziehungspunkte geblieben. Über Gletscherschlamm und Moränen wanderte der erste Mensch bergan, die Höhen hinauf über die Gebirgsfälle, das Rentier, den Moschusochsen und die anderen Thiere der Eiswelt jagend, Europa bevölkernd, Nordasien und Nordamerika. Im Kampfe mit den Schrecknissen der Polarnacht aufwärts dringend, verfolgt der Nachkomme jenes Urmenschen, der Eskimo, noch heute sein Ziel und gründet sich zwischen Eisbergen und Schneewiesen eine Heimat für Weib und Kind, nur mit dem Felle der Jagdhäuse bekleidet, vom Fischfang und der Jagd lebend, und den Gefahren des Hungers und Frostes trocken und allmählich unterliegend, ohne daß es ihm einfiele, in die gemäßigteren Ländereiche zu ziehen.

Unermüdlich dringt auch der hochzivilierte Bewohner der günstigen Klima polwärts, um seinen Wissensdrang zu befriedigen; seit Jahrhunderten schon lenkt er den Kiel seines Schiffes

bestehenden Ordnung möglichst wenig zu ändern. Dieses „möglichst wenig“ umfaßt indessen doch ziemlich viel. Es liegen der Regierung Berichte mit Reformvorschlägen von verschiedenen sachkundigen Personen vor, darunter der Sprecher, sein Stellvertreter und der langjährige Bureauvorstand Sir Ernest May. Die Reformvorlage ist in der Haupttheorie auf die Vorschläge des Sprechers begründet worden. Eine Reform läßt sich auf zwei Weisen bewerkstelligen, es läßt sich die Befugnis des Hauses auf Ausschüsse übertragen, oder es läßt sich das Verfahren abschaffen. Sir Ernest May neigt, gleich dem früheren Sprecher, Lord Eversley, dem ersten Mittel zu, der Sprecher dem lehrt, und für das letztere hat sich die Regierung entschieden. Die Beantwortung von Interpellationen soll durch „Gruppierung“ erleichtert werden. Alle Fragen, welche an einen bestimmten Minister gestellt werden, sollen hintereinander vorgebracht und beantwortet werden, so daß die übrigen Minister mittlerweile in den im Parlamentshause befindlichen Ministerialbüroa, welche gegenwärtig vergrößert werden, ihren Amtsarbeiten obliegen können. Interpellationen von örtlicher Bedeutung kommen zuerst an die Reihe, Interpellationen an den Premierminister zuletzt. Weiter soll die Verzögerung der Geschäfte durch beliebigen Verzögungsantrag erheblich erschwert werden. Die Zahl der Stadien, welche Gesetzesvorlagen durchmachen müssen, soll, im Einklang mit den Empfehlungen Lord Derby's in Liverpool, abgekürzt werden. Der in vergangener Session mit Schwierigkeit durchgeführte Beschluß, welcher die Montagsitzungen eins für allemal für die Finanzdebatte anweist, soll stehende Regel werden, ein bedeutender Gewinn. Schließlich muß die clôture, wie man hier mit dem französischen Ausdruck sagt, der Schlus der Debatte, in irgend einer Form, der mildesten, welche sich ermitteln läßt, Annwendung finden. Die Konservativen kämpfen gegenwärtig dagegen. Allein daß zu einem derartigen Mittel gegriffen werden muß, darüber ist man sich allgemein ziemlich klar.

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

Berlin, 17. Januar, Abends 7 Uhr.

Der Reichstag erklärte nach den Kommissionsanträgen die Wahlen von Schwarzenberg, Fried, v. Malzahn-Gültz, Döhre, Kleist-Nebow, Löwe und Birchom für gültig und beschloß, die Wahlen von Clausewitz (Torgau) zu beanstanden. Bei der Beratung der Wahl Löwe's wies der Staatsminister v. Bötticher den Vorwurf Richter's zurück, daß die Polizei in der Wahlbewegung für die Konservativen Partei genommen habe. Die Polizei würde, was sie in Berlin durch die Revision der Wählerliste für die konservative Partei geleistet habe, auch für jede andere Partei gethan haben. Abg. Löwe erhält, weil er Stöder der Unwahrheit bezichtigte, einen Ordnungsruf. Der Abg. Hänkel kündigte im Laufe der Debatte an, die Fortschrittspartei werde den königlichen Erlass vom 4. Januar bei nächster Gelegenheit zur Debatte bringen.

Der Reichstag genehmigte sodann in zweiter Lesung Paragraph eins der Berufsstatistik nach dem Kommissionsantrag, wonach eine Biehzählung nicht stattfindet. Staatssekretär Bötticher hatte erklärt, es bestehe die Absicht, die sozialen Verlagen so zu fördern, daß sie im Frühjahr einbringbar seien. Für die Unfallversicherung brauche man die Berufsstatistik nicht nothwendig, wohl aber für die Alters- und Invalidenversorgung. Auch ohne diese Entwürfe werde es aber dem Reichstag an Arbeit nicht fehlen. Ferner erklärte Bötticher, daß der Bundesrat dem Gesetzentwurf voraussichtlich auch ohne die Bestimmung betreffs einer Biehzählung zustimmen werde. Fortsetzung morgen.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Cornaro, Ludw. Die Kunst, ein hohes und ge-

hinein in die Eislabyrinth und beneidet die arktische Thierwelt, welche in höhere Breiten hinaufdringt, als er es vernag. Es sind jetzt etwas mehr als tausend Jahre verflossen, seitdem die fühligen Seehelden, die Normannen, durch die Umsegelung des Nordcaps und die Entdeckung von Island und Grönland die Geschichte der Polarforschung begründeten. Ein Jahrhundert später überwinterte bereits der unbändige Eric der Rote an der grönlandischen Küste und seitdem mehrten sich die Wikingersfahrten nach dem Norden. Ein Land nach dem anderen, ein Meerestheil nach dem anderen wurden entdeckt, und während des ganzen Mittelalters sendeten die seefahrenden Nationen Hunderte von Entdeckungsschiffen nach den arktischen Gegenden, um jene vielgesuchten Durchfahrten nach dem gewürzreichen Indien zu finden und dem Handel neue Wege zu eröffnen. Daneben begann der Walfischfang, dessen Ursprünge bis vor die Entdeckungsfahrten zurückgehen, immer einträglicher zu werden und nahm in den beiden letzten Jahrhunderten in Folge der Bekehrung der Engländer, Holländer, Dänen und später auch der Deutschen einen großartigen Aufschwung, dem freilich in neuester Zeit in Folge massenhafter Ausrottung der Thiere wieder eine gewisse Abnahme gefolgt ist.

So kam das letzte Menschenalter heran und in ihm spielte sich die rührende Episode der ganzen Polarforschung ab. Der hochgeachtete, mutige Sir John Franklin machte sich nach einer durch zwei Polarfahrten mit Ruhm bedeckten Thätigkeit noch im sechzigsten Jahre seines Lebens auf den Weg, um die lange gesuchte nordwestliche Durchfahrt von Grönland nach der Beringstraße zu entdecken. Umsomst! Ihn und seine hundertachtunddreißig Gefährten ereilte das grausige Geschick, daß sie sämtlich in der Eiswüste ihr Grab fanden! Mit wahrhaft heldenmütiger Aufopferung strebte sein Vaterland, strebte die ganze gebildete Welt danach, die Verunglückten zu retten; zahlreiche Expeditionen; fast an dem Tage, wo die Überlebenden der Franklin-Expedition, an Zahl 105 Seelen, ihre seit 20 Monaten im Eise festliegenden Schiffe „Grebis“ und „Terror“ verließen, um kurz darauf in König-Wilhelm-Land den Tod durch Hunger, Frost und Krankheit zu erleiden, brach im Frühjahr 1848 die erste jener zu ihrer Hilfe ausgerüsteten Expeditionen von England auf, während Sir John Franklin bereits ein volles Jahr früher gestorben war. Es dauerte aber nicht weniger als ein Jahrzehnt, bis McClintock die Reste jener Unglückslichen auf-

sundes Alter zu erreichen. 12°. 102 Seiten. Eleg. brosch. 1 M. Zu allen Zeiten und bei allen Völkern war, trotz aller Verheißungen auf ein besseres Jenseits, stets der Wunsch rege, recht lange in dem Diesseits zu bleiben. Folgedessen fand man immer gläubige Seelen, wenn es sich um Mittel handelte, das Leben zu verlängern, und so sehen wir noch heute den Schwindel nach dieser Richtung in schönster Blüthe stehen. Selbstverständlich ist nicht mit Schwindel zu bezeichnen, was wissenschaftlich begründet, auf Leben und Gesundheit angerathen wird; Huxley's „Microbiot“ wird für die Erziehung stets ein höchst beachtenswertes Werk bleiben und den berühmten Verfasser in dankbarem Andenken erhalten. Einen gleichen sittlichen und praktischen Werth hat das, Berlin, bei S. Mode, erschienene Werkchen: „Die Kunst, ein hohes und gesundes Alter zu erreichen“. Dieses Büchlein, welches in England allein 30 Auflagen erlebte, weist in schlichten, klaren Worten nach, wie ein verstandesgemäß geführtes Leben dasselbe zu verlängern und zu verschönern vermag.

* Von dem berühmten Jenenser Professor Ernst Haedel, welcher sich bekanntlich seit vorigem Herbst zum Zwecke wissenschaftlicher Forschungen in Indien befindet, ist soeben der erste Reisebericht eingetroffen und wird derselbe im Februarheft der „Deutschen Rundschau“ veröffentlicht werden.

Locales und Provinzielles.

Posen, 17. Januar.

— Personal-Veränderungen im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Posen im Monat Dezember 1881. Ernannt sind: die Referendarien Radajewski, Dr. Ach. Holzman und Gorski zu Gerichtsassessoren, die Rechtskandidaten Karl Esche, Todor Jacoby, Richard von Mitschke-Collande, Cäsar Littauer und Otto Stephan zu Referendarien, der Gerichtsdienner Warz in Grätz zum ersten Gerichtsdienner bei dem Landgericht in Lissa, der erste Gerichtsdienner Peiffer bei dem Landgericht in Schneidemühl zum Gefängnis-Oberaufseher derselbst der Bote und Exekutor z. D. Dombrowski zu zum Gefangenwärter in Posen. — Versetzt sind: der Landgerichtsdirektor Haeckel in Posen an das Landgericht zu Hannover und der Amtsrichter Günther in Schrimm an das Amtsgericht in Mogilno. — Mit Pension in den Ruhestand versetzt: der Amtsgerichts-Assistent Ruttowski in Wollstein. — Mit der einstweiligen Wahrnehmung der Gerichtsvollzieher-Geschäfte beauftragt: der Gerichtsvollzieher-Anwärter Bronsch bei dem Amtsgericht zu Pinne. — Ausgeschieden: der Gerichtsassessor Pedell in Bromberg behufs Neubrutt zur Staats-Eisenbahn-Verwaltung. — Gestorben: der Amtsgerichts-Kastellan Breuer in Posen.

Im Geschäftsbereiche der Provinzial-Steuerdirektion zu Posen sind im Laufe des IV. Quartals 1881 folgende Personal-Veränderungen eingetreten. — Befördert: Der Ober-Steuer-Kontrolleur, Steuer-Inspektor Rau in Düsseldorf zum Ober-Zoll-Inspektor in Pogorzlice. Der Ober-Steuer-Kontrolleur Harring in Neuritz zum Haupt-Amts-Kontrolleur in Pogorzlice. Der reitende Steuer-Aufseher Albinus in Pinne zum Steuer-Einnnehmer in Schmiegel. — Versetzt: Der Ober-Steuer-Kontrolleur Heinrich Pätzsch in Schlesien als Ober-Steuer-Kontrolleur nach Kempen. Der Steuer-Einnnehmer Jähnike in Schmiegel als Haupt-Amts-Assistent nach Bromberg. Der Steuer-Amts-Assistent Günther in Kempen als reitender Steuer-Aufseher nach Koschmin. Die Gerichts-Aktuare Lange und Klopisch als Steuer-Amts-Assistenten nach Wriezen resp. Ostrowo. — Pensioniert: Der Hauptsteueramts-Assistent Rechnungsrath Lütke in Posen. Der Hauptsteueramts-Assistent Müller in Lissa. — Gestorben: Der Provinzial-Steuersekretär Jaworski in Posen.

Personal-Veränderungen im Ober-Postdirektionsbezirk Posen für den Monat Dezember 1881. Ernannt: der Postsekretär Köhler in Stralsund zum Postmeister. Versetzt: der Telegraphenassistent Meyer von Schrimm nach Rappoltsweiler. In den Ruhestand versetzt: der Postverwalter Glabisz in Adelau.

Personal-Veränderungen im Bereich der Intendantur V. Armeecorps. Befördert: Intendantur-Sekretariats-Assistent vom V. Armeecorps zum XV. Armeecorps versetzt; Bantovs, interimistischer Kasernen-Inspektor in

fand, und es währt bis in die Gegenwart hinein, daß immer noch Expeditionen arrangiert werden, um noch mehr Nachrichten über das Schicksal Franklin's und seiner Gefährten zu erkunden.

Die Fahrten zur Aufsuchung Franklin's hatten jedoch für die arktische Forschung selbst einen wesentlichen Fortschritt bezeichnet, indem durch sie die geographischen Verhältnisse jener vielgliedrigen Inselwelt aufgedeckt wurden, welche dem Festlande von Nordamerika auf der Polseite vorgelagert ist, sowie dadurch, daß in ihrem Verlaufe wirklich die lange gesuchte nordwestliche Durchfahrt aufgedeckt wurde. Aber damit begann zugleich der Ehrgeiz zwischen den Nationen eine Rolle zu spielen und man fing an, Polarexpeditionen mit der Aufgabe zu arrangieren, möglichst bald den Nordpol selbst zu erreichen. Wie sich Jahrhunderte vorher ein Wettschreit unter den seefahrenden Völkern um die arktischen Walgründe erhoben hatte, der sogar bis zur Entfaltung der Kriegsmacht geführt hatte, so begann jetzt, in den letzten Jahrzehnten, ein formlicher Wettschreit der Nationen nach dem Nordpol. Eine suchte der anderen zuvor zu kommen, jede bemühte sich, ihre Flagge, wenn auch nicht auf den Pol selbst, so doch in möglichst hoher geographischer Breite aufzupflanzen. Man taxirte den Werth einer Polarexpedition eine geraume Zeit lang nicht nach den wissenschaftlichen Arbeiten, welche ihre Mitglieder ausgeführt und nach dem Material, welches sie gesammelt hatten, sondern nach der Polnähe, die sie erreicht hatten. Jeder schätzte sich glücklich und wurde hoch gepriesen, wenn er den Weg seines Vorgängers nur um wenige Meilen übertroffen hatte. Fast eine jede Nation hatte ihre Lieblingsroute, die sie als die allein richtige und nach dem Pole führende bezeichnete. So entschied man sich in England und auch in Amerika dafür, den Nordpol durch den Smithsund westlich von Grönland zu erreichen, in Frankreich war man nicht abgeneigt, den Weg nordwärts durch die Beringstraße für den besten zu halten, während in Deutschland, namentlich in Folge der begeiterten Anregung des Dr. Petermann in Gotha, die Meinung sich zu Gunsten eines Weges, welcher durch das Meer zwischen Spitzbergen und Grönland hinaufführte, aussprach.

(Fortsetzung folgt.)

Posen zum Kasernen-Inspektor ernannt; Werner, Kasernen-Inspektor in Ludwigslust, nach Posen; Schießang, Kasernen-Inspektor in Posen, nach Glogau versetzt; Ortenburger, interim. Lazarus-Inspektor in Glogau zum Lazarus-Inspektor ernannt; Kiesmann, Intendantur-Sekretariats-Assistent 5. Armeekorps gestorben.

Direction der Oberschlesischen Eisenbahnen. Ernannt: Stations-Assistent Wunsch in Moschin zum Stations-Ausseher, exam. Heizer Hoyer in Lissa zum Lokomotivführer. Bersekt: exam. Heizer Walter von Stargard als Lokomotivführer nach Wronke. Pensioniert: Lokomotivführer Teichert in Lissa. **Personalveränderungen im V. Armeekorps.** Straub, Hauptmann und Platzmajor in Posen, unter Verleihung des Charakters als Major, mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt. Schadenburg, Hauptmann und Platzmajor in Stralsund, in gleicher Eigenschaft nach Posen versetzt. Frhr. von Massenbach, Hauptmann und Komp.-Chef im Königs-Grenad.-Regt. (2. Westpr.) Nr. 7, zum Platzmajor in Stralsund ernannt. Niebes, Hauptmann à la suite des 6. Pommerschen Instr.-Regts. Nr. 49, unter Entbindung von dem Kommando als Adjutant bei der 19. Infanterie-Brigade, als Kompagnie-Chef in das Königs-Grenad.-Regt. (2. Westpr.) Nr. 7 versetzt. von Salisch, Premier-Lieutenant im Königs-Grenadier-Regiment (2. Westpr.) Nr. 7, unter Stellung à la suite des Instr.-Regts. Nr. 98, als Adjutant zur 19. Infanterie-Brigade kommandiert. von Hugo, Sekonde-Lieutenant vom Königs-Grenadier-Regiment (2. Westpr.) Nr. 7, kommandiert als Inspektions-Offizier zur Kriegsschule in Mes., zum Premier-Lieutenant befördert.

1. Personalien. Der bisherige Superintendent-Berweser, Oberpriester Grönemann zu Schwerin a. W., ist zum Superintendenten der Diözese Neuruppin ernannt worden. — Der bisherige Pfarrverweiser Blindow ist zum zweiten Prediger in Czarnikau und zum Pfarrer von Romanshof-Althütte definitiv berufen worden. — Dem Predigtamts-Kandidaten Winter aus Adendorf in Sachsen ist die vorläufige Verwaltung der beiden erledigten Pfarrstellen in Gnesen übertragen. — Dem evangelischen Lehrer und Kantor Reiner zu Kolmar i. P. ist zu seinem 50jährigen Dienstjubiläum am 2. Januar 1882 der Adler der Inhaber des königl. Hausordens von Hohenzollern mit der Zahl 50 verliehen worden.

Personalveränderungen bei der Regierung zu Bromberg. Dem Regierungs-Haupt-Kassenbuchhalter Reichenberg ist vom 1. d. M. ab die Verwaltung der durch die Pensionierung des Kreissteuer-Einnahmers Rechnungs-Rath Stadt erledigten Kreissteuer-Einnahmestelle in Schubin und dem Regierungs-Haupt-Kassen-Buchhalter Kobelich ist vom gleichen Zeitpunkte ab die Verwaltung der Kreissteuer-Einnahmestelle in Bromberg — in Stelle des pensionirten Rechnungs-Rath Garonski — übertragen worden. — Dem forstwirtschaftsberechtigten Jäger Bräbmer ist vom 1. Februar d. J. ab unter gleichzeitiger Ernennung zum königl. Förster, die Försterstelle zu Rudau (Oberförsterei Schirpik) verliehen worden. — Der Bau-Ausseher Stenzel in Inowrazlaw ist vom 1. d. Mts. ab zum Strom-Ausseher in Stelle des verstorbenen Strom-Aussehers Beutiner in Czarnikau ernannt. — Der Feldmeister Otto Knitter aus Schneidemühl ist für den königlichen Staatsdienst vereidigt worden.

Wahlen zum Provinzial-Landtag. Gestern wurde in Pleischen als Mitglied des Provinzial-Landtags Rittergutsbesitzer Lad. v. Tacanowski-Szyplow mit 27 Stimmen gewählt; der Gegenkandidat Rittergutsbesitzer Kenemann-Klenka erhielt 18 Stimmen. Als stellvertretende Provinzial-Landtagsmitglieder wurden die Rittergutsbesitzer Anton v. Tacanowski-Taczanow und K. v. Zychlinski-Twardomo gewählt. — Am 1. f. M. Vorm. 10 Uhr findet in Schröda in Hüttner's Hotel seitens der Städte in den Kreisen Schröda, Schrimm, Wreschen und Pleischen die Wahl eines Provinzial-Landtagsmitglieds und zweier Stellvertreter statt. Bis jetzt sind alle Städte unserer Provinz, bis auf die Städte des gen. Wahlkreises, deren Provinzial-Landtagsdeputirter ein Pole ist, im Provinzial-Landtag durch einen Deutschen vertreten. Seitens der Polen dieses Wahlkreises werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um auch jetzt wieder ihren Kandidaten durchzubringen.

Anstellung. Der Regierungs-Civil-Supernumerar Ewer ist vom 1. Mai d. J. ab als Regierungs-Sekretariats-Assistent angefeilt.

1. Die Pfarrstelle an der Unitäts-(Petr.) Kirche zu Posen. welche kanonical durch den Tod des Konfessorialraths Dr. Göbel seit dem 24. April 1881 erledigt ist, soll vom 1. Juni 1882 ab anderweitig besetzt werden. Der Inhaber dieser Stelle muß zum Mitgliede des Konistoriums qualifizirt sein. Das Einkommen der Pfarrstelle beträgt, außer freier Wohnung, 4050 M. jährlich; außerdem bezieht der neu gewählte Pfarrer, sobald er zum Mitgliede des Konistoriums ernannt wird, ein Gehalt von 900 M., und, falls er zum 1. Senior der Unitäts-Gemeinden der Provinz Posen gewählt und bestätigt wird, ein Einkommen von 450 M. jährlich, zusammen also 5400 M. und freie Wohnung. — Zu bemerken ist, daß eine Umgestaltung der Petrigemeinde, welche bisher eine personelle ist, in eine territoriale, beziehungsweise die Einziehung der Diaconatsstelle vorbehalten bleibt. Behufs Bezeichnung des Pfarramts wählt die Gemeinde aus der Zahl der von dem Presbyterium nach der Probepredigt für geeignet erachteten Bewerber diesenigen drei, welche verfassungsmäßig den geistlichen Oberen zu präsentieren sind.

Nichtbestätigt. Wie dem "Dziennik Pozn." mitgetheilt wird, hat die königl. Regierung die Wahl des k. Kreisschulinspektors Grafke zum Stadtverordneten in Pleischen nicht genehmigt. Als neuer Wahltermin für die zweite Abtheilung, von welcher Herr Grafke gewählt war, ist der 21. d. M. angesetzt.

Die Konstituirung der Polen-Fraktion im Hause der Abgeordneten hat gestern stattgefunden. Es wurden durch Afflammation gewählt: Dr. Szuman zum Vorsitzenden, v. Sasaki zum stellvertretenden Vorsitzenden, v. Grabbski und v. Nozanski zu Sekretären und Severin v. Radonkski zum Kassierer. Zur Parlamentar-Kommission gehören Dr. Szuman, Kautak und St. v. Chlapowski; stellvertretende Mitglieder der Parlamentar-Kommission sind: Lad. v. Wierzbinski und Theophil v. Magdziński.

Zum Besten der Ferienkolonien für arme kranke Schulkinder der Stadt Posen stand gestern im Lambert'schen Saale die von dem Allgemeinen Männergefangenverein veranstaltete und an dieser Stelle angekündigte Aufführung statt. Dieselbe, von Herrn Höven geleitet, rief den lebhaften Beifall des zahlreichen Publikums hervor, und was die Hauptfache ist, der angestrebte Zuschauer erreicht worden; denn da ca. 900 Zuschauer sich in dem Saale befanden, so wird sich ein recht hamhafter Ueberschuss zum Besten der Ferienkolonien ergeben.

Im Handwerkerverein fand am 16. d. M. eine freie Besprechung statt. Der stellvertretende Vorsitzende, Sekretär Fontane, eröffnete dieselbe mit einer von dem königl. Gewerberath für die Provinz Posen, Herrn Hägermann, dem Vorstande des Vereins zugesagten Mittheilung. Danach beabsichtigte der Herr Minister für Handel und Gewerbe, in der diesjährigen Aussstellung für Hygiene und Rettungswesen zu Berlin eine Kollektiv-Ausstellung zu veranstalten, in welcher alles Dasjenige, was zur Fürsorge für Leben und Gesundheit der Arbeiter gereicht, sowie die zum Schutz derselben dienenden Einrichtungen und Vorkehrungen zur Anschauung gebracht werden sollen; rege Beteiligung ist erwünscht. — Der königl. Gewerberath Hägermann hielt hierauf einen Vortrag über Zuckerfabrikation; dieselbe gab zunächst einen kurzen Ueberblick über diese Fabrikation und erläuterte abschnittsweise die Verteilung von vielen Zeichnungen und Präparaten die Fabrikation selbst. Insbesondere wurden vorgezeigt: Zuckerrüben, konzentrierte Dicksaft aus dem Diffusor, filtrirter Dunsstoff, Knochenkohle, filtrirter Dicksaft, Füllmasse, erstes Produkt (d. h. Füllmasse, aus welcher mittels Zentrifuge der Syrup herausgetrieben ist), zweites Produkt, Zuckerkalz, Scheide-Schlamm, Melasse und Farin. Den Vortrage entnehmen wir folgende

Daten: Seit einigen Jahren exportirt Deutschland mehr als 1 Million Zentner Rübenzucker jährlich. In unserer Provinz befinden sich gegenwärtig 8 Zuckerfabriken im Betriebe, und diese Anzahl wird im nächsten Jahre auf 12 gebracht werden. Unter den hier errichteten Fabriken befinden sich die größten, die überhaupt im deutschen Reich existiren; die größte ist die Kruszwicker Fabrik, welche täglich 12,000 Zentner Rüben zu verarbeiten im Stande ist; noch größer wird die Fabrik zu Culmsee, welche nächstes Jahr eröffnet werden wird; dieselbe wird täglich 18,000 Zentner Rüben verarbeiten können. Indischer Zucker unterscheidet sich von Rübenzucker durch ein gewisses Aroma, welches letzterem fehlt. Der Syrup, den man in den Haushaltungen gebraucht, wird aus indischerem Zucker gewonnen; der Syrup aus dem Rübenzucker hat einen frakten unangenehmen Geschmack. Die Steuer beträgt 80 Pf. pro Zentner Rüben, und da der Zentner Rüben 11—12 Pfund Zucker giebt, so beträgt demnach die Steuer pro Pfund Zucker ca. 7 Pf. — Der Vorsitzende sprach dem Gewerberath Hägermann für seinen belehrenden und inhaltsreichen Vortrag den Dank aus, und schloß die Versammlung mit der Mittheilung, daß nächsten Sonnabend ein Tanzfrühstück des Vereins stattfindet.

r. Die General-Versammlung des Vereins junger Kaufleute, welche am 16. d. M. Abends im Handelsaale stattfinden sollte, konnte nicht abgehalten werden, da das durch die Statuten vorgeschriebene Drittel der ordentlichen Mitglieder (103) nicht anwesend war; es waren nur circa 75 Mitglieder erschienen. Es ist nunmehr die General-Versammlung auf nächsten Montag (23. d. M.) anberaumt worden.

r. Diebstähle und Unterschlagungen. Einem Bädergesellen im Hause Halbdorfstraße 4 sind am 15. d. Mts. aus unverschlossener Säube und unverschlossenen Koffer eine silberne Cylinderuhr mit Sekundenzeiger, zwei Talmittetten und 2 M. gestohlen worden. Verhaftet wurde ein 13jähriges Mädchen, welches am 14. d. M. ein von einer Frau am Kanonenplatz ihm zum Abtragen übergebenes goldenes Kreuz mit goldenem Ketten nicht abgegeben, sondern untergeschlagen hat. — Einem Dienstmädchen auf der Wühlenstraße sind aus einem verschlossenen Korb, der es vor längerer Zeit einer Tischlerfrau auf der Gr. Gerberstraße zur Aufbewahrung übergeben hatte, mittelst Aufhebens des Gedels an einer Seite mehrere Kleidungs- und Wäschestücke gestohlen worden. — Gestern Morgens wurden einem Arbeiter in Jerzyce durch einen anderen Arbeiter, welcher zu ihm gekommen, und von welchem er abgeschickt worden war, um Schnaps zu holen, während seiner Abwesenheit aus verschlossenem Kasten mittelst Nachschlüssel ein Fünfmarkstück und zwei einzelne Thaler gestohlen. Als die Frau des Bestohlenen den Dieb einige Stunden später in Posen auf der Neuenstraße traf, hielt sie ihn an, um seine Verhaftung zu veranlassen; der Dieb riss sich jedoch los und entfloß. — Verhaftet wurde ein Schlosserlehrling von hier wegen dringenden Verdachtes, einem Restaurateure auf der Eichwaldstraße in der Nacht vom 9.—10. d. Mts. aus verschlossenem Keller mittelst Nachschlüssels verschiedene Flaschen Wein, Liqueur &c. entwendet zu haben. — Einem Kaufmann am Wilhelmsplatz wurden aus einer verriegelten Remise gestern Mittags drei graue wollene Decken gestohlen; die eine bestand aus Flanell, die andere aus leichtem Wollenstoff, die dritte aus gestreiftem Wollenstoff mit Leinwandfutter. — Einem Büttalienhändler im Hause St. Martinsstraße 27 sind am 14. d. Mts. durch einen Knecht, der bei ihm nächtigte und seitdem verschwunden ist, aus unverschlossenem Raum eine silberne Cylinderuhr, ein Messer und eine Weste gestohlen worden. — Verhaftet wurde eine Arbeiterin, welche gestern Abends auf der Berlinerstraße aus unverschlossenem Flur einen Zinsteiner und eine Lampe gestohlen hat; die beiden lesteren Gegenstände sind der Bestohlenen bereits zurückgestellt worden. — Verhaftet wurde ein Arbeiter, welcher aus einem Grundstück auf dem Sapiehlaplatz eine leere Tonne gestohlen hat. Der Diebstahl wurde aber sofort bemerkt und ihm die Tonne abgenommen. — Daß auch Dasjenige, was man „niet- und nagelfest“ nennt, nicht mehr sicher vor Diebstahl ist, zeigen folgende Diebstähle: im Hause Wilhelmsstraße 18 wurde gestern Mittags ein an der Treentrethr angebrachtes, mit Nägeln befestigtes ovales Porzellanschild mit Messingrand abgebrochen und gestohlen und an der städtischen Turnhalle auf dem Grünen Platz sind zwei mit Haken und Eisen befestigte Abschlüsse abgerissen und entwendet worden.

t. Schwersenz, 16. Januar. [Drei Personen ertrunken.] Gestern Nachmittags 3 Uhr ertranken im biesigen See drei Personen, der frühere Bädermeister Matthäus, der Sohn des Fleischers Myslajewski und der Sohn des Tagelöhners Mlynca. Erster hinterließ Frau und Kind; die Knaben befinden sich im Alter von 12 und 13 Jahren. Alle drei Personen ließen Schlittschuh; die Knaben versuchten es, wiewohl das Eis nur schwach war (am 13. war der See noch gänzlich frei von Eis), auf die Insel zu gelangen und brachen in der Nähe der Insel ein. Matthäus eilte denselben zu Hilfe, doch auch er brach ein und alle drei Personen verschwanden in der Tiefe des Sees. Bis jetzt ist erst die Leiche des Matthäus aufgefunden worden. — Drei Damen, welche sich auf dem See tummelten und Stuhlschlitten fuhren, brachen ebenfalls an einer tiefen Stelle ein, doch wurden sie von Herrn Kutschärter Marco, der ihren Hilferuf vernommen hatte, aus der großen Gefahr gerettet.

g. Turoschkin, 16. Januar. [Zigeunerbande. Feuer.] Vorgestern wurde von den beiden hier stationirten Gendarmen im Walde bei Baorla eine aus 9 Köpfen bestehende Zigeunerbande, bei welcher sich, entgegen den betreffenden Bestimmungen, mehrere Kinder unter 14 Jahren befanden, festgenommen und hier inhaftiert. — Auf dem eine Meile von hier entfernten Dominium Alt-Kobylin brannte vorgestern Abend eine große, mit fast sämtlichen Entenbräthen gefüllte Scheuer nieder. Den herbeigeeilten Sprisen und Löschmannschaften, auch die Feuerwehr nebst Sprisen aus Turoschkin war zur Stelle, gelang es, das Feuer auf seinen Heerd zu beschränken und den ganz nahe gelegenen Schafstall zu retten. — Vorgestern Abend brannte in dem Dorfe Kuflinow ebenfalls eine Scheuer nieder. — Vorige Woche wurde auf den fürstlich Czartoryskischen Gütern Dubinko, Sielec und Rogozewo eine dreitägige Treibjagd auf Hasen abgehalten, an welcher sich außer dem seit langer Zeit auf dem Schlosse in Silesia sich aufhaltenden jungen Fürsten v. Czartoryski mehrere auswärtige hochgestellte Persönlichkeiten und wobei von 17 Schützen ca. 520 Haken und ein Rehbock geschossen wurde. Man hatte zu derselben 240 Treiber engagiert.

x. Gnesen, 15. Januar. [Bedauerlicher Unglücksfall. Theater.] Unter eigenthümlichen Umständen hat gestern hier der Maurer Smideli sein Leben verloren. Daß er vor allein wenig in Unispruch genommenen Brunnen der befannen tödlich wirkende Stoff sammelt, wodurch schon mancher Brunnenmacher den Tod gefunden, ist bekannt, daß sich aber in einem vollständig neuen, noch nicht einmal ganz fertigen Brunnen ursprünglich dieses Gas findet und ebenso durchbar werden kann, dürfte weniger oft dagegewesen sein. Auf dem Schlarbaum'schen Grundstücke in der Nollastraße war ein neuer Brunnen gebaut worden und zwar die Tiefe mit Mauerwerk. Es wurde vor einigen Tagen wahrgenommen, daß die Mauer sich gesenkt habe und es wurde konstatiert, daß der Rand, auf welchem die Mauer in der Tiefe ruhte, an einer Seite dem Erdreich nachgegeben und dadurch in eine schiefe Lage gerathen sei. Um den genauen Sachverhalt zu ermitteln und festzustellen, wie da geholfen werden könne, begab sich der bei Herrn Schlarbaum schon jahrelang in Arbeit stehende Maurer Smideli in den Brunnen hinab, nachdem vorher das Vorhandensein normaler atmosphärischer Luft durch Hinablassen einer Flamme konstatiert war. Er versuchte, den Erdhoden unter dem Maurer zu entfernen; plötzlich gab er das Zeichen, man möge ihn hinaufziehen. Dies geschah und bald war er oben, als ihn eine Obrigkeit befahl und er die Rettungsleine los ließ und wieder in die Tiefe hinabstürzte, wo natürlich der Tod augenblicklich erfolgt ist. Eine hinabgelassene Flamme erlosch sofort, woraus auf das Vorhandensein des erwähnten Stoffes geschlossen werden mußte. Rettungsversuche waren daher unmöglich. Es wurde schließlich Pulver, Schwefel und

Phosphor im Brunnen verbrannt und dadurch die schlechte Luft wenigstens soweit vertrieben, daß es möglich wurde, die Leiche des Verunglückten ans Tageslicht zu befördern. Wie es zugegangen, daß der Brunnen sich so plötzlich mit dem tödtlichen Gase füllte, ist noch nicht ermittelt. — Der Hof-Schauspieler Grans, gibt gegenwärtig hier einige Gastvorstellungen unter großem Beifall. Leider muß Herr Grans sein Gastspiel auf drei Vorstellungen beschränken, da ihn weitere Engagements ein längeres Bleiben nicht gestatten.

r. Wollstein, 16. Januar. [Standesamtliches Fleischklassensteuer. Viehhaltung.] Bei dem biesigen Standesamt sind im vergangenen Jahre 86 Geburten zur Eintragung angemeldet worden. Darunter waren 6 uneheliche. Todtgeboren wurden 3 Kinder. Das Heiratsregister schließt mit 25 Nummern ab; es wurde die Ehe geschlossen zwischen 17 evangelischen, 4 katholischen und 4 jüdischen Brautpaaren. Das Sterberegister weist 73 Sterbefälle nach: davon kommen auf die evangelische Konfession 26, auf die katholische 31 und auf die jüdische 13. — Von den drei amtlich hier bestellten Fleischbeschauern wurden im vorigen Jahre 1132 Schweine untersucht und darunter 1 für trichinos und 2 für finnig gefunden. — Das Käfenteuer-Jahrs-Soll für 1882/83 beträgt für unsere Stadt 4383 Mark und ist auf 299 Zensiten vertheilt. Es gehören zur Steuerstufe I. 97, II. 55, III. 24, IV. 26, V. 14, VI. 21, VII. 17, VIII. 10, IX. 20, X. 12, XI. 2 und XII. 1 Steuerzahler. — Die am 9. Dezember v. J. hier stattgehabte Pferde- und Rindviehzählung ergab 91 Pferde und 60 Stück Rindvieh.

Schneidemühl, 15. Januar. [Stadtverordneten-Sitzung.] In der außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag gedachte Herr Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung mit ebden Wörtern des fürstlich verstorbenen Stadtverordneten Bankagenten Piper. Zum Zeichen der Zustimmung und um das Andenken derselben zu ehren, erhoben sich die Anwesenden von ihren Sitzen. Es wurden hierauf 75 M. für Reparaturen des Rathauses und 200 M. Porto für die Polizeiwerbung nachbewilligt. — Unter dem 4. v. M. hat die königliche Regierung zu Bromberg dem Magistrat aufgegeben, für die Anschaffung eines zweiten feuer- und diebessicheren Schrankes, in welchem die Hypothekendokumente und Rechnungsbücher der Kämmererfasse untergebracht werden können, Sorge zu tragen. Der Magistrat legt diese Verfügung der Versammlung mit dem Antrage vor, demselben 600 M. zu dem gedachten Zwecke zur Verfügung zu stellen. Die Versammlung beschließt die Anschaffung eines Geldspindes von geeigneter Größe und beauftragt unter Zustiehung des Magistrats-Direktors die Stadtverordneten Boradowski, Munk, Hellwig und Arndt mit der Ausführung dieses Beschlusses. — Die Grasnutzung an dem Sand-, Karauschen- und Kesselfeld wird den Meistbietenden für eine jährliche Pacht von 132,10 M. überlassen. Desgleichen wird zur Verpachtung der Brauhaus- und Krankenhausgärten mit einem jährlichen Pachtzins von 29,50 M. der Zufang ertheilt. — Vor zwei Jahren wurden im Etat für eine Polizeiseitärstelle 900 M. jährliches Gehalt ausgegeben, doch ist bis jetzt diese Stelle noch nicht besetzt gewesen, sondern nur durch diätarisch beschäftigte Beamten verwaltet worden. Unter den letzten Bewerbern befindet sich abermals keine acceptable Person und hat die königliche Regierung in Folge eines Berichts den Magistrat aufgefordert, diese Stelle noch einmal auszuschreiben. Der Magistrat stellt nun den Antrag, das Gehalt derselben auf 1200 M. mit einer Steigerung von 100 M. von 3 zu 3 Jahren bis zur Erreichung eines Maximalgehalts von 1800 M. festzusetzen mit der Bedingung, daß der zu wählende Beamte für die von ihm zu führende Büreauaffäre (Affervationskasse) eine Kautio von 500 M. zu stellen habe. Dem Magistratsantrage wird bezüglich des Gehalts entsprochen, die Verpflichtung des Beamten zur Erlegung einer Kautio aber abgelehnt.

Schneidemühl, 16. Januar. [Toller Hund.] In Maronin, wie auch in verschiedenen Ortschaften der Polizeidistrikte Budsin und Kolmar i. P. hat sich vor einigen Tagen ein toller Hund gezeigt. Im ersten Orte sind von demselben drei andere Hunde gebissen worden, von denen bereits zwei gleichfalls an der Tollmuth erkrankt sind. Die betreffenden Ortschaften sind in Folge dessen polizeilicherheits angetreten, sämtliche Hunde für einen Zeitraum von drei Monaten an die Kette zu legen.

△ Schneidemühl, 16. Januar. [Revision. Vereidigt.] Definitive Anstellung. Provinzial-Schulrat Tschackert aus Posen revidirt heute unser Gymnasium. Die Revision wird morgen fortgesetzt werden. — Der Feldmesser Knitter aus Schneidemühl ist am 17. Dezember v. J. für den Staatsdienst von der Regierung in Bromberg vereidigt worden. — Der bisherige Pfarrverweiser Blindow ist zum zweiten Prediger in Czarnikau und zum Pfarrer von Romanshof-Althütte definitiv berufen worden.

II. Bromberg, 16. Januar. [Institut der Bezirksvorsteher. Stadtverordnetenbeschuß. Schmurgericht.] Für unsere Stadt ist ein neues Institut, nämlich das der Bezirksvorsteher geschaffen worden. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten sind für die 10 Bezirke der Stadt zehn derartige Vorsteher und deren Stellvertreter auf die Amtsduer von sechs Jahren geahnt worden. Nach dem vom Magistrat festgesetzten Dienstinstanz sind dieselben Organe des Magistrats und als solche Gemeindebeamte. Sie sind verpflichtet, den Anordnungen und Aufräten des Magistrats, sowie den Requisitionen der einzelnen städtischen Deputationen und Kommissionen Folge zu leisten. Unterliegt soll auch die Gemeindebehörden vor lokalen Maßnahmen in der Regel erst den zuständigen Bezirksvorsteher gutachtlich hören. Jeder Bürger hat dem Bezirksvorsteher auf berechtigtes amtliches Verlangen Auskunft zu ertheilen und den berechtigten amtlichen Weisungen die elben nachzucommen. Zu seiner Legitimation dem Publikum gegenüber erhält jeder Bezirksvorsteher eine Legitimationsfarte und ein Dienstabzeichen &c. Zur Ablehnung des Amtes oder Niederlegung derselben vor Ablauf der Wahlperiode berechtigen nur: anhaltende Krankheit, Geschäfte, die eine häufige oder lange dauernde Abwesenheit mit sich bringen, ein Alter über 60 Jahre, die frühere Verwaltung eines unbesoldeten Kommunalamtes für die nächsten drei Jahre, die Verwaltung eines anderen öffentlichen Amtes, ärztliche und wundärztliche Praxis, sonstige besondere Verhältnisse, welche nach dem Ernehmen der Stadtverordneten-Versammlung eine gültige Entschuldigung begründen. Wer sich ohne einen dieser Entschuldigungsgründe beharrlich weigert, das Amt anzunehmen, oder das noch nicht drei Jahre lang verehrte Amt weite zu holen, sowie Derselbe, welcher sich der Verwaltung des Amtes tatsächlich

Beschädigung derselben sofort Anzeige zu erstatten. Auf Grund persönlicher Feststellung kann der Bezirksvorsteher den Eingesessenen seines Bezirks auf Verlangen Altekte über ihre bürgerlichen Verhältnisse ausspielen. Dies ist in Kürze der Inhalt der Dienstinstellung für den Bezirks-Vorsteher, wie sie der hiesige Magistrat festgestellt hat. — In der letzten Stadtverordneten-Sitzung hat die Versammlung genehmigt, daß ein Überschub von ca. 60,000 M., welcher in den letzten drei Jahren bei der städtischen Verwaltung erzielt worden ist, nach dem Antrage des Magistrats zu einem neu zu bilden "Städtische Vermögensmasse" genommen werde. Der Antrag der Finanzkommission, diese Summe durch Vortrag in den Einnahme-Etat den Bürgern der Stadt resp. den Steuerzahldiensten zu Gute kommen zu lassen, fand nicht die Unterstützung der Versammlung. — Heute beginnt die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode. Zur Verhandlung kommen nur fünf Sachen, darunter eine wegen Giftmordes.

Aus dem Gerichtssaal.

△ Posen, 13. Januar. [Schwurgericht; Urkundenforschung eines Beamten und Unterschlagung amtieller Gelder.] Heute wurde vor dem Schwurgerichte gegen den Gerichtsvollzieher Emil Preuß aus Pinne verhandelt. Die Anklage stützt sich auf die §§ 348 und 349, 350 und 351 des Strafgesetzbuches. Der § 348 betrifft das Vergehen eines Beamten, der innerhalb seiner Zuständigkeit falsche Beurkundungen vornimmt; § 349 dasselbe Delikt, wenn es in der Absicht, sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen, verübt wird: § 350 die Unterschlagung amtlicher Gelder; § 351 den Fall dieses Vergehens, in dem der Beamte zur Verdeckung der Unterschlagung foliche Beurkundungen bewirkt. Der Angeklagte soll sich des Vergehens aus § 348 in fünf Fällen, des Verbrechens aus § 349 ebenfalls in fünf Fällen, der Verbrechen aus den sämtlichen angezogenen Paragraphen in vier Fällen und den Verbrechen aus den §§ 350 und 351 in einem Falle schuldig gemacht haben. Er legte in der heutigen Verhandlung ein offenes Geständnis ab. Am 24. November 1880 erhielt der Angeklagte von einem Gläubiger den Auftrag zur Pfändung wegen eines Betrages von 33,64 M. Er führte diesen Auftrag erst am 4. Februar 1881 aus und fingierte zur Verdeckung seiner Nachlässigkeit und unter Aufnahme entsprechender Notizen in seine Spezialakten einen Antrag des Mandanten vom 19. Dezember auf Einstellung und einen solchen vom 27. Januar auf Fortsetzung der Zwangsvollstreckung. In gleicher Weise verfuhr der Angeklagte in zwei anderen Fällen, in denen er die am 26. November und 28. Dezember erhaltenen Aufträge erst am 4. Februar zur Ausführung gebracht hatte. Wegen dieser Vorfälle wurde der Angeklagte des Amtesvergehens aus § 348 in 3 Fällen von den Geschworenen für schuldig erklärt. — Am 22. Februar 1881 hatte der Angeklagte im Auftrage eines Gläubigers eine Summe beigetrieben und auch an seinen Auftraggeber abgeführt. In seinen Spezialakten befindet sich in Bezug auf diese Zwangsvollstreckung ein vom Wohnorte des Schuldners datiertes Protokoll. Auch hatte der Angeklagte wegen seiner Tätigkeit Pfändungskosten und Reisekosten liquidirt. Dem Angeklagten soll aber in diesem Falle der Auftrag nicht am 22. Februar, wie seine Akten angeben, sondern wenigstens 14 Tage früher ertheilt sein. Auch soll sich der Angeklagte nicht nach dem Wohnort des Schuldners begeben haben, vielmehr soll der Schuldner in die Wohnung des Angeklagten gekommen sein und hier seine Schuld berichtigt haben. Deswegen ist Preuß angeklagt, sich des Vergehens aus § 348 zwecks Erreichung eines Vermögensvorteils schuldig gemacht zu haben. Die Geschworenen verneinten jedoch diesen leichten Umstand und bejahten nur die Frage aus § 348. — In einer anderen Sache soll der Angeklagte eine eingezogene Summe einige Tage hinter sich behalten und zur Verdeckung des Thatbestandes ein Datum in seinen Akten gefälscht haben. Er wurde in diesem Falle für nicht schuldig befunden. — Außerdem soll der Angeklagte in zwei anderen Sachen falsche Thatsachen in seinen Akten beurkundet haben und wurde der selbe deswegen auch eines Vergehens aus § 348 in zwei Fällen schuldig erklärt. — Ferner soll der Angeklagte in sieben Sachen unberechtigter Weise Reise- resp. Pfändungskosten liquidirt haben, wenn, wie schon oben in einem Falle berichtet, die Schuldner die Zahlungen in der Wohnung des Angeklagten geleistet hatten oder wenn Pfändungen garnicht vorgenommen waren; in einigen dieser Sachen soll er auch die eingezogenen Gelder eine Zeit lang hinter sich behalten und in Beziehung darauf falsche Beurkundungen in seinen Spezialakten vorgenommen haben. Die Geschworenen verneinten jedoch in allen diesen Fällen die Fragen, ob der Angeklagte die falschen Beurkundungen zur Erlangung eines Vermögensvorteils bewirkt resp. ob er sich einer Unterschlagung schuldig gemacht habe; sie sprachen ihn jedoch des Vergehens aus § 348 in sieben Fällen schuldig. — Schließlich wird dem Angeklagten zur Last gelegt, 11,95 M., die er am 14. Mai 1881 beigetrieben hatte, unterschlagen und die Zahlung in seinen Akten nicht registriert zu haben. Der Angeklagte behauptete, daß er die Aufführung und Eintragung dieser Summe nur vergessen habe. Die Geschworenen sprachen ihn jedoch in diesem Falle der Unterschlagung amtlicher Gelder und der zur Verdeckung der Unterschlagung vorgenommenen unrichtigen Buchführung schuldig und verneinten die Frage nach dem Vorhandensein milderner Umstände. Wegen dieser That wurde der Angeklagte vom Gerichtshof zu Zuchthaus verurteilt, in Folge dessen die wegen des Amtsvergehens aus § 348 in 13 Fällen erkannte Gefängnisstrafe ebenfalls in Zuchthausstrafe verwandelt wurde. Es wurde auf eine Gesamtstrafe von 2 Jahren 3 Monaten 10 Tagen verurteilt.

* Posen, 13. Januar. [II. Strafkammer. Unterschlagung.] Der Vollziehungsbeamte Jakob R. aus Schröda ist der Unterschlagung amtlich anvertrauter Gelder angeklagt. Von der vermieteten Gutsbesitzer C. hatte er in drei verschiedenen Sachen Gerichtskosten bezutreiben. Für jede dieser 3 Sachen erhob er 40 Pf. Beitragsgebühren und stellte über den ganzen Betrag Quittungen aus. Von den erhaltenen Beitragsgebühren führte er jedoch nur je 20 Pf. an die Steuerkasse ab. Dieselbe Manipulation mache er bei dem Wirth D., wo er von den erhaltenen 70 Pf. Beitragsgebühren nur 50 Pf. abführte. Von der Witwe M. zog er 15 M. 75 Pf. ein, lieferte jedoch nur 14 M. an die Kasse ab. In allen diesen Fällen hatte er die nicht abgeführten Beträge von zusammen 2 M. 55 Pf. zur Ungebühr erhoben und in seinen Nutzen verwendet. Er wurde wegen Amtsvergehen aus § 350 und 353 Strafgesetzbuchs zu sechs Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf ein Jahr bestraft.

-z. Schwerin a. W., 16. Januar. [Verurteilung.] Vor etwa zwei Jahren wurden dem hiesigen Kaufmann F. aus einem verschlossenen eisernen Spind ca. 600 M. auf eine unerklärliche Weise entwendet. Der Verdacht lenkte sich, wie seiner Zeit in diesem Blatte berichtet worden, auf die unverheirathete Marie König von hier, welche damals bei dem erwähnten Kaufmann im Dienste war, da dieselbe ihre Herrschaft weite und vorgab, ein verdächtiges Geräusch während der Nacht gehört zu haben, als wenn Diebe eingebrochen wären. Es wurden allerdings verdächtige Umstände in der Behausung wahrgenommen, von Dieben aber keine Spur, aus dem Geldspinde fehlte jedoch die erwähnte Summe. Die gegen die Königin eingeleitete Untersuchung führte zu keinem Ergebnis. Vor Kurzem gelangte nun von Berlin die Nachricht hierher, daß die Königin bezichtigt werde, unter ähnlichen Umständen den dortigen Bankier Ziegel, Mohrenstraße 34, bei dem sie 2 Jahre im Dienste war, um die Summe von 4500 M. bestohlen zu haben. Herr Z. hatte sich am 14. Nov. v. J. in gewohnter Weise zur Ruhe gegeben und die in seiner Tasche befindlichen Schlüssel des Geldspindes in den Kasten eines Nachttisches gelegt, der vor seinem Bett stand. Beim Erwachen fehlten der Kasten nebst den Schlüsseln; die verschlossen gewesene Korridorhür war geöffnet. Zu seinem Erstaunen fand Herr Z. den Kasten mit den Schlüsseln in seinem Komtor, das Geldspind war geöffnet und aus demselben 4500 M.

in baarem Gelde gestohlen, während ein größerer Posten leicht verfälschter Wertpapiere unberührt geblieben. Da die Königin bereits seit einigen Tagen aus dem Dienste entlassen war und sich sonst gut geführt hatte, war sie anfänglich dem Kriminalkommissar gar nicht der That verbürgt erschienen. Erst als Herr Z. beim Erzählen des Diebstahls auf der Börse, erfuhr, daß vor einigen Jahren der hiesige Kaufmann F. in ähnlicher Weise gestohlen worden, wurden genaue Recherchen in Bezug auf die K. angestellt, welche denn auch ergaben, daß dieselbe in der betreffenden Nacht in dem Hause Mohrenstr. 34 auf der Kellertreppe laufend gesehen worden, worüber sie dem Reviermäärte die Auskunft gab, daß sie eben aus der Heimat angemessen und in dem Keller nächtigen wollte, was dem Wächter weiter nicht auffiel, da er sie als Dienstboten der betreffenden Herrschaft kannte. Trotz dieser gravirenden Verdachtsmomente leugnete die Königin hartnäckig, wurde jedoch auf Grund der Beweisaufnahme, in Ansehung der Gemeinfährlichkeit und des hohen Objekts, zu zwei Jahren Zuchthaus, 3 Jahren Chorverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Die Angeklagte, welche bis zur Publikation des Urtheils meinte und leugnete, erklärte zur Verwunderung der Anwesenden ganz beruhigt, die Strafe sofort antreten zu wollen.

Turkish.

* § 19 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878 stellt die Verbreitung verbreiter sozialistischer Druckschriften unter Strafe.

In dem vorliegenden Falle hatte der Angeklagte eine große Anzahl Nummern einer verbreiteten sozialistischen Zeitung, unter Kreuzband, an seinen in Amerika wohnenden Bruder, der deutschen Post zur Verförderung übergeben und wurde dafür bestraft.

Das Reichsgericht bestätigte das desfalls in erster Instanz ergangene Erscheinen, auf Grund folgender Erwägungen: Eine Sendung werde dadurch, daß sie unter Kreuzband erfolge, der Durchsicht der deutschen Post beamen zugänglich gemacht.

Dies reiche zur Strafbarkeit aus, da das Reichsgesetz vom 21. Oktober 1878 keineswegs die Bekanntmachung an eine unbekannte Menschenmenge von Abresten voraussetze, damit der Begriff der Verbreitung konstatirt werde.

Hinfällig sei der Einwand des Angeklagten, die Postbeamten hätten die Sichtung von Kreuzbandsendungen lediglich zu dem Zwecke zu benennen, damit in selbigen keine, ein höheres Porto erreichenden schriftlichen Mittheilungen sich vorfinden, sie seien also nicht verpflichtet, die Druckschriften zu lesen, würden sich desfalls vielmehr einer Verlezung des Briefgeheimnisses schuldig machen.

Von einer Verlezung des Briefgeheimnisses können bei Kreuzbandsendungen keine Nöte sein. Die Portoermäßigung solcher Sendungen sei eben durch deren erleichterte Einschaltung bedingt, ein Verbot aber, bei dieser gebotenen Prüfung die Druckschriften auch zu lesen, bestehe nicht. — Erf. d. R.-G. vom 27. Februar 1881.

Landwirtschaftliches.

-z. Schwerin, 16. Januar. [Landwirtschaftlicher Verein.] Zu der am 19. d. M. stattfindenden Sitzung des hiesigen landwirtschaftlichen Vereins ist folgende Tagesordnung aufgestellt: 1. Bechluftaffung über Verwendung des Restes von 22 M. Meliorationsgeldes, über gemeinsame Beschaffung von Kalisalz und Düngern, sowie über Beschaffung von Champion-Kartoffeln und Cocosgarn zu Strohbändern von Otto Gimbel u. Comp. in Hamburg. 2. Thut es dem höchsten Kartoffel-Ertage keinen Abbruch, wenn auf einem lehmigen Sandboden die tiefe Jahre im Dezember als Saatfahre benutzt und die Kartoffel nur unter Vorantritt von Egge und Grubber mit dem Spaten gelegt wird? 3. Wieviel Mastvieh ist in hiesiger Gegend aufgestellt, und scheint es nicht geboten, von auswärts Händler heranzuziehen? 4. Sind zu landwirtschaftlichen Zwecken Abessiner-Brunnen verwendbar? Wieviel Wasser können sie liefern, und wer stellt dieselben empfehlenswerth her? Es findet auch eine Auslegung von Sämereien statt, welche von Vereinsmitgliedern abgegeben werden können.

+ Nowrażlaw, 16. Januar. [Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins.] Am 11. d. M. fand hier selbst in Barts Hotel die erste diesjährige Sitzung des deutschen landwirtschaftlichen Vereins statt. An der Sitzung nahmen 30 Mitglieder teil. Der Vorsitzende, Landschaftsrath Hirsch-Lachnitowitsch, teilte u. A. den Entwurf der an den Landwirtschaftsminister gerichteten Petition mit, in welcher in Rücksicht auf das Verbot der Schutzpockenimpfung und in Rücksicht auf die von Russland her drohende Gefahr der Seucheneinführung gebeten wird, eine strenge Sperre der russischen Grenze anzuordnen. Herr Guradze-Guske teilte mit, daß die von ihm angefertigten Versuche mit einer Stroheli-Spinnmaschine nur geringe Resultate ergeben haben, und daß daher das Instrument für die Landwirthe keine Vortheile biete. Vor dem Eintritt in die eigentliche Tagesordnung warf der Vorsitzende einen Rückblick auf das abgelaufene Jahr, das, wie hervorgehoben wird, im Allgemeinen hinsichtlich der Ernte-Erträge sich für den Landmann günstiger gestaltet habe als das Jahr 1880. Ausfälle wären nur bei Stroh und Heu zu verzeichnen, und diese Ausfälle könnten den Landmann besonders dann mit Vorzugsrecht erfüllen, wenn noch ein langer Winter herrschen sollte. Der Körnerertrag habe befriedigt; die Kartoffelernte sei als eine gute zu bezeichnen. Dessen ungeachtet würden, wie der Vorsitzende weiter bemerkte, diejenigen Landwirthe, die auf Kartoffelverkauf angewiesen seien, wegen der niedrigen Kartoffelpreise nur mäßige Geschäfte machen können. Die Rübenernte habe ein recht befriedigendes Resultat ergeben, und es habe auch das abgelaufene Jahr dargethan, daß die hiesigen Landwirthe ihre Hoffnung für die Zukunft hauptsächlich auf die Zuckerrübenfultur zu setzen haben würden. Wenn nun auch, wie Herr Hirsch weiter bemerkte, das Vorjahr noch keinen Ausgleich der Schäden vom Jahre 1880 gebracht habe, so könne man doch auf das Jahr mit Vertriebung zurückblicken. Redner giebt zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß die Mitglieder auch im neuen Jahre durch ein festes und eimüthiges Zusammenwirken das Wohl der heimischen Landwirtschaft fördern werden. — Die in der vorigen Sitzung nicht erledigte Frage, welche von den neu eingeführten Kartoffelsorten sich hier besonders bewährt haben, erfuhr eine eingehende Erörterung durch Herrn Mahnke-Gönsk. Derselbe hat mit verschiedenen Kartoffelsorten Versuche angestellt, hat sodann die Kartoffeln hinsichtlich der Quantität wie Qualität, des Stärkes und des Zuckergehalts untersucht, und ist hierbei zu dem Resultat gekommen, daß sich für unsere Gegend folgende (nach ihrer Güte geordnete) Kartoffelsorten empfehlen: die Dabersche, die weißfleischige Zwiebelfkartoffel, Champion, gelbe Rose. Vom Vorsitzenden wurde bemerkt, daß er seit Jahren die Seed Gleason-Kartoffel anbaue und daß er mit derselben sehr zufrieden sei. — Herr Bivil-Ingenieur Becker-Thorn hielt einen Vortrag über Mängel und Schäden in der Kulturtechnik, verbreitete sich hierbei eingehend über Drainirungen und andere Meliorationen, macht sodann entsprechende Vorschläge zur Abstellung der Schäden und versucht den Nachweis, wie der Landwirth sich besonders durch die Wahl einer geeigneten Persönlichkeit zu kulturtechnischen Arbeiten vor den Schäden wahren könne. — Über die Fruchtfolgen in Zuckerrübenwirtschaften geben die Meinungen auseinander; bewährt hat sich u. A. beim Vorsitzenden die Bierfelderwirtschaft und zwar mit folgender Fruchtfolge: 1. Winterung, 2. Sommerung, 3. Hackfrüchte, 4. Grünfutter. Die Sitzung wurde nach zweistündiger Dauer geschlossen.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Anwendung des Farbenstempels bei Untersuchung des Schweinefleisches auf Trichinen. Nach Anordnung der diesigen Regierung ist von dem Fleischbeschauer das trichinenfrei befundene Schwein mit dem amtlichen Brennstempel zu bezeichnen. Diese Be-

stimmung ist von dieser Behörde jetzt dahin abgeändert worden, daß zu diesem Zweck künftig ein Farbenstempel zu gebrauchen ist. Die für den Farbenstempel zu verwendende Farbe haben die Fleischbeschauer bis auf Weiteres nur von dem Apotheker O. Gerde zu Ratwitz Kreises Bomst zu beziehen und dürfen erst dann anwenden, nachdem solche von der Regierung als geeignet anerkannt und letzteres öffentlich bekannt gemacht worden ist. Der Zeitpunkt, von welchem ab die Anwendung des Farbenstempels eintreten muß, wird für jeden Polizeibezirk von der zuständigen Polizei-Verwaltung festgesetzt und öffentlich bekannt gemacht. Von diesem Zeitpunkte ab darf der Brennstempel nur noch aus besonderen Gründen und mit ausdrücklicher Genehmigung der Polizeibehörde benutzt werden.

V. Ermäßigung der Frachtfäße für Holz. Am 1. Dezember v. J. sind die von der königl. Eisenbahndirektion zu Bromberg beantragten Ermäßigungen des Ausnahmetarifs für europäisches Holz im Lokalverkehr der dortigen Verwaltung zur Einführung gelangt. Durch diese neuen Frachtfäße treten für Entferungen von 1—50 Kilometer

Entferungen gegen die früher bestehenden nicht ein, von 50 bis ca. 250 Kilometer betragen die Ermäßigungen 3—15 Pf. pro 100 Kilogr., für Entferungen von 250—300 Kilometer sind dieselben etwas geringer als 15 Pf., weil auch der alte Tarif gerade für diese Entfernungen heruntergeht, und endlich steigen sie über 300 Kilometer gleichmäßig, bis schließlich bei 826 Kilometer (Strecke Nemel-Berlin), die größte Entfernung im Bezirk der königl. Eisenbahn-Direktion Bromberg, die Ermäßigung 41 Mark pro Waggon mit 10,000 Kilogr. Ladung beträgt. — Über die Wirkung der eingeführten Ermäßigungen verlangt der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten im Juli d. J. eine gehende Berichterstattung.

** Agl. Preußische Staats-Premien-Ausleihe. Bei der heute begonnenen Premien-Verlosung zu den am 15. September v. J. gezogenen 35 Serien 194 207 297 325 373 377 417 447 466 472 491 510 563 579 644 674 714 769 873 897 961 962 1118 1199 1205 1237 1258 1315 1331 1417 1422 1439 1453 1475 wurden nachstehende Premien gezogen:

a 180.000 M. Nr. 142124. — a 75.000 M. Nr. 44655.

à 1500 M. Nr. 32437 145288. — à 1200 M. Nr. 41643 57801.

à 300 M. Nr. 119873. — a 750 M. Nr. 57861 123673 96151.

a 450 M. Nr. 111732 131441 57870 145205 44676 89699 46571

56276 29898 41603 145223 29609 123615 57820 87245 19370 47116

67373 56272 145251 37229 49097 19349 119851 87201 57899 119878

123611 57809 145207 133048 44643 89659 76192 143846 111728

147488 64334 145287 133086 41645.

a 375 M. Nr. 13032 20606 29628 37211 41609 41619 44605

45673 46516 50981 56202 57803 57866 57900 64352 64377 64393

76838 76863 96035 96113 96123 96134 96166 111712 111725 119893

120412 122652 125746 131431 131432 133076 133088 141642 143887

145228.

a 360 M. Nr. 20619 29637 32472 41679 44686 45602 45668

46551 46564 47115 47138 49069 50917 64341 67327 67375 67380

76896 87268 96063 111726 119801 119824 120456 123606 123649

125734 125750 125756 131410 131453 141657 142186 145268.

** Brüsseler 100 Fr. - Lotte de 1879. 16. Verlosung am 24. Dezember 1881. — Auszahlung vom 15. Juni 1882 ab bei der Société générale zu Gent, Lüttich und Brügge, der Antwerpener Bank zu Antwerpen und der Zentralbank zu Namur.</p

Aufgebot.

Auf dem Grundstück Orzechowo Kolonie Nr. 11 ist in Abth. III Nr. 4 für den Handelsmann Aron Weitz zu Neustadt a. W. aus dem rechtskräftigen Mandate des Königlichen Kreisgerichts Wreschen vom 12. Mai 1852 folgendes eingetragen:

den 15. Februar 1882

Nachmittags um 2 Uhr im Lokale des Schulenamts in Czerlejno versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstück und alle sonstigen das Grundstück betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden bei sonderen Verkaufs-Bedingungen können in der Gerichtsschreiberei III der genannten Gerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Es werden nunmehr auf Antrag des Wirths Valentyn Matela, Besitzers des Grundstücks Orzechowo Kolonie Nr. 11, alle diejenigen, welche Ansprüche an die bezeichnete Post zu haben glauben, aufgefordert, dieselben bei dem unterzeichneten Gerichte spätestens im Termine

den 25. April 1882,

Vormittags 10 $\frac{1}{4}$ Uhr, anzurechnen, widrigfalls sie mit ihren Ansprüchen auf die Post werden ausgeschlossen werden und das Dokument für kraftlos erklärt werden wird.

Wreschen, den 6. Januar 1882.

Königliches Amtsgericht.

Aufgebot.

Im Grundbuche des Grundstücks Orzechowo Kolonie Nr. 5 sind für den Rechtsanwalt Dr. Hambrock zu Marienwerder aus dem Mandate vom 14. November 1866 in Ab-

7. Dezember 1867

Theilung III. folgende Posten eingetragen:

a) Nr. 31: 5 Thlr. 7 Sgr. 9 Pf.

rechtskräftige Theilsforderung

und Eintragungskosten nebst

5 Pf. Zinsen von 4 Thaler

27 Sgr. 9 Pf. seit dem 17.

November 1866;

b) von Orzechowo Kolonie Nr.

15 a übertragen: Nr. 38/12:

5 Thlr. 7 Sgr. 9 Pf. rechts-

kräftige Theilsforderung und

Eintragungskosten nebst 5 Pf.

Zinsen von 4 Thlr. 27 Sgr.

9 Pf. seit den 17. November

1866.

Über beide Posten, welche auch auf Orzechowo Kolonie Nr. 32 übertragen sind, ist Lösungsfähig quittiert; die Hypothekendokumente sind jedoch verloren gegangen.

Auf Antrag des Wirths Wojciech Nowak, Besitzer von Orzechowo Kolonie Nr. 5, werden nun alle diejenigen, welche Ansprüche an die genannten Posten zu haben meinen, aufgefordert, dieselben spätestens in dem Termin

den 25. April 1882,

Vormittags 10 Uhr,

bei dem unterzeichneten Gerichte an-

zumelden, widrigfalls sie mit ihren

Ansprüchen an die beiden Posten

ausgeschlossen und die Dokumente

für kraftlos erklärt werden werden.

Wreschen, den 7. Januar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Aufforderung.

Der Bauunternehmer Mathias Prinz aus Rogasen ist wegen Gewerbe-Kontrollations-Uebertrittung gegen § 17 des Gesetzes vom 3. Juli 1870 durch rechtskräftiges Urtheil des Königlichen Schöffengerichts zu Rogasen vom 27. Oktober 1881, mit 24 Mark Geldstrafe event. 4 Tage Haft verurtheilt. Der lebige Aufenthalt des Prinz ist nicht zu ermitteln und wird um Mithilfe derselben zu den Alten III E. 106/81 ersucht.

Rogasen, den 9. Januar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Im Firmenregister hier ist unter Nr. 186 die Firma: Waldemar Seidel zu Lissa, Inhaber der Kaufmann Waldemar Seidel zu Lissa, heute eingetragen worden.

Lissa, den 12. Januar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Die im Firmenregister hier unter Nr. 29 eingetragene Firma: Ernst Bachnisch vormals Kohlmann zu Lissa, Inhaber der Kaufmann Ernst Bachnisch zu Lissa, ist heute gelöscht worden.

Lissa, den 12. Januar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Czerlejno unter Nr. 9 belegene, dem Ackerwirth Johann Frankenberger gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen des Genannten berichtet steht und welches mit

einem Flächeninhalt von 28 ha 86 a 20 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Beinertrag von 327,03 Mark u. zur Gebäudesteuer mit einem Nutzenwert von 105 Mark veranlagt ist, so im Wege der nothwendigen Subhaftstation

Am 20. Januar er. tritt zum Staatsbahn-Nachbartarif zwischen den Stationen der Direktions-Besitz Berlin und Breslau vom 1. Oktober 1881 ein Nachtrag I. in Kraft.

Derselbe enthält Druckschriften, Kilometerentfernung und direkte Frachtsätze für den Verkehr mit Berlin Anhalter und Hamburger Bahnhof. Ausnahmen für Getreide, Blei, Zint und Eisen des Spezialtariffs II zwischen einzelnen Stationen der Oberschlesischen Eisenbahn und des Direktions-Besitzes Berlin, für Braunhohlen etc. von Olgashacht nach Berlin, sowie Tarifänderungen.

Druckexemplare sind bei den Verbandstationen käuflich zu haben.

Breslau, den 13. Januar 1882.

Königliche Direktion der Ober-

schlesischen Eisenbahn

als geschäftsführende Verwaltung.

Diesen Personen, welche Eigentumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hiervor aufgefordert, ihre Ansprüche zur Vermeidung der Präsentation spätestens im Versteigerungs-terminus anzumelden.

Der Beschluss über die Ertheilung des Zuschlages wird in dem auf den 16. Februar 1882,

Vormittags 11 Uhr, im Geschäftskalor des unterzeichneten Gerichts anberaumten Termin öffentlich verkündet werden.

Schroda, den 22. Dez. 1881.

Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das dem Ambrosius Kauh u. dessen Ehefrau Elisabeth geb. Klause zu Skaradowo gehörige, im Grundbuch von Skaradowo Band 23 Blatt Nr. 83 verzeichnete Grundstück nebst Zubehör soll

den 22. Februar 1882,

Vormittags 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle im Wege der nothwendigen Subhaftstation öffentlich an den Meistbietenden versteigert und demnächst das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlages

den 25. Februar 1882,

Vormittags um 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle verkündet werden.

Das zu versteigende Grundstück ist zur Grundsteuer bei einem der selben unterliegenden Gesamtflächenmaß von 59 a 70 qm mit einem Beinertrag von 7 M. veranlagt.

Auszug aus der Steuerrolle und Abschrift des Grundbuchblattes, in gleichen etwaige Abschätzungen, andere das Grundstück betreffende Nachweisungen und besondere Kaufbedingungen sind in unserer Gerichtsschreiberei Abtheilung II einzusehen.

Alle diejenigen, welche Eigentum oder anderweite, zur Wirklichkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung des Ausschlusses spätestens bis zum Erlass des Zuschlagsurtheils anzumelden.

Rawitsch, den 6. Dez. 1881.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Der am 26. Debr. 1831 in Weigmannsdorf geborene Johann Carl Horn, Sohn des Tuchwalter Gottfried und Anna, Rosina, geborene Figner, Horn'schen Chelute daselbst, ist seit Monat Juli 1856 von Weigmannsdorf vertrieben und hat seit dieser Zeit keine Nachricht von seinem Leben und Aufenthalte dorthin gelangen lassen. Auf den Antrag seiner Mutter werden der vorgenannte Johann Carl Horn, dessen unbekannte Erben und Erbenheimer aufgefordert, sich spätestens in dem

am 14. November 1882,

Vormittags 11 Uhr, auf dem hiesigen Königlichen Amtsgericht anstehenden Termin zu melden, widrigfalls Johann Carl Horn für tot erklärt und sein Nachlass seinen Erben eventuell dem Fiskus ausgeantwortet werden wird.

Kranstadt, den 27. Dezbr. 1881.

Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Czerlejno unter Nr. 9 belegene, dem Ackerwirth Johann Frankenberger gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen des Genannten berichtet steht und welches mit

Am 20. Januar er. tritt zum Staatsbahn-Nachbartarif zwischen den Stationen der Direktions-Besitz Berlin und Breslau vom 1. Oktober 1881 ein Nachtrag I. in Kraft.

Einfachste und billigste Betriebskraft für das Kleingewerbe, Druckereien, Fleischereien, Kaffeebrenner, Pumpen etc.

Gasmotor ohne Wasserkühlung, solidester, viel verbesserte Construction.

Auf Probe und unter Garantie von

Buss, Sombart & Co.

MAGDEBURG (Friedrichstadt).



Uebersicht der Provinzial-Aktien-Bank des Großherzogthums

Posen am 15. Januar 1882.

Activa: Metallbestand Marl 689,165, Reichskassenscheine M. 445, Noten anderer Banken M. 7700, Wechsel M. 5,521,515, Lombardforderungen M. 1,190,700, Sonstige Activa M. 301,450.

Passiva: Grundkapital Marl 3,000,000, Reservefonds M. 750,000, Umlaufende Noten M. 1,901,300. Sonstige Passiva M. 271,625. Weiter begebene im Lande zahlbare Wechsel M. 188,755.

Die Direktion.

Fortschritt!

Bankhaus von A. H. & J. E. Weigert, Giro-Conto Reichsbank, Berlin C., Neue Promenade 6 (Telegraph. Adresse: Weigertbank),

vermittelt Zeitgeschäfte in allen Werthpapieren und verlangt nur einen Einzahlung von 5 pCt. an. Abrechnung findet zu jeder Zeit statt. Jede Auskunft über Capitals-Anlage und Speculation wird bereitwillig ertheilt.

Elektro-Homöopathie.

Die neuen elektro-homöopathischen Sternmittel, zur Heilung sämtlicher Krankheiten, übertreffen an Wirksamkeit die bisher bekannten homöopathischen Heilsysteme.

Broschüre gratis u. franko.

A. Sauter,

homöopathische Apotheke, Genf.

Generaldepots für Deutschland.

Posen: Radlauer's Nothe Apotheke. Berlin: Krebs, Apotheke z. Salomo, Charlottenstraße. Dresden: Gruner's homöopathische Apotheke.

Generaldepots für Deutschland.

Heftoigraph,

patentirter Vervielfältigungs-Apparat.

Verbesserte vorzügliche Vervielfältigungs-Masse, wie auch schwarze Vervielfältigungs-Tinte wird bestens empfohlen.

Der Apparat kommt Masse zum Trocken-Druckverfahren ist im Deutschen Reich wie auch in Österreich-Ungarn patentiert. Eine Radierplatte, die sich mit dem Verlaufe der Imitation beschlägt, wurde wegen Patentverleihung zu empfindlichen Strafen sowie zum Schadenstraf verurtheilt.

Die mittlere Heftoigraph hergestellte Abbildung werden von den Postanstalten zu dem möglichsten Vorzugspreise wie andere Druckarten befördert.

Brief-, Schriften- und Facturen-Ordner.

Der Ordner ist aus Holz gefertigt und viel praktischer, als ein altpäpstlicher Briefstift. Preis per Stück von 3 L. aufwärts. — Illustrirte Preiscourante und Fotographie Abbildung gratis und franco.

Josef Lewitus, Wien, I. Babenbergerstraße 2.

Niederlagen: Posen: D. Goldberg, Wilhelmstraße 24. Stettin: Lehmann & Schreiber. Breslau: Gustav Wezel, Karlstraße 28. Frankfurt a. O.: Dr. Köhler, Richtstraße 75. Berlin: Spielhagen & Co. Magdeburg: Eduard Albrecht.

Anglo-Swiss Condensirte Milch.

Verkauf in 1880: 20,000,000 Büchsen.

Detail-Preis per Büchse: 70 Pf.

Anglo-Swiss Kindermehl.

Vorzüglichstes Nahrungsmittel für Kinder, nachdem Milch allein nicht mehr genügt. Von vielen medizinischen Autoritäten empfohlen.

Detail-Preis per Büchse: 90 Pf.

Zu beziehen in den meisten Apotheken und Colonialwarenhändlungen.

En gros in Posen bei D. Peltesohn.

Man verlange die Broschüre über Kinderernährung.

P. Lott.-Loose 4. Klasse 20. Januar—4. Februar Original 1, 1/2, 1/4 4 M. versenden Borohardt Gebrüder, Berlin W. Friedrichstraße 61.

Stammhäferei-Verkauf.

Posener Zoologische Gartenlotterie Ziehung 15. April ex.

Loose à 1 Km. werden in kommender Woche verausgabt. Verkaufsstellen sollen sowohl in Posen als an allen Orten der Provinz errichtet werden. Reflektanten wollen sich bald gefälligst wenden an die mit dem Generalvertrieb betraute

Expedition der Posener Zeitung.

Dem geehrten Publikum von Posen und Umgegend zur gefälligen Beachtung, daß ich mit heutigem Tage am hiesigen Platze

Alten Markt 38

Strickgarn- u. Strumpfwaren- Geschäft

etabliert habe und halte ich mich demselben bei Bedarf bestens empfohlen. Hochachtungsvoll

Otto Kühn, 38, Alter Markt 38.

Ausverkauf von Uhren.

Begin Aufgabe des Geschäfts verkaufe mein großes Lager von Uhren und Ketten zu und unter dem Einkaufspreis.

C. Huebner Wwe.,

Firma: G. Huebner,
Uhrenhandlung, Posen.

Reparaturen werden auch weiterhin gewissenhaft ausgeführt.

Eine fast noch neue, gut gebaute

Orgel

mit 18 Stimmen, und eine ältere mit 6 Stimmen, sind billig zu verkaufen bei

Gebroder Walter in Guhrau.

Eine Leihbibliothek,

ca. 300 Bände stark, ist zu verkaufen durch A. Ziehlke's Buchhandlung in Guhrau i. Sch.

Ein Bismarck-Pelz mit Bißbesatz ist billig zu verkaufen im Garderoben-Geschäft

C. Ehrlert,

Mulius Hotel.

Eine echt J. Stainer'sche

Violine

preiswert zu verkaufen: Mühlenstraße 26, III. r.

Erste Bezugssquelle für wirklich delik-

mild- Großkörn. russ. Caviar

ges. P. 3 M. außerst fein marinirten

Rollmops, 10 Pf. Jäg. 40 St. 3 M., seite goldgelbe Kieler Sprott,

jetzt schön u. hältb. Kst. 220 St. 2 M. (2 Kst. Posticoll) gegen Nachm.

J. Gebens, Ottenen, Holstein.

Eine Bäckerei

wird zum 1. April zu pachten oder unter günstig. Beding. zu kaufen gesucht. Gefällige Offerten unter C. K. an die Exped. d. Ztg. erbeten.

St. Martin 27 eine elegante Wohnung v. sofort zu vermieten.

Krebse

kaufst jeden Posten gegen Kasse zu höchsten Preisen. Um Abschluß für das Jahr 1882 zu machen, komme persönlich. Offerten erbitten

H. Nadebach, Schwedt a. D.

Associé-Gesuch.

Zur Ausbeutung eines größeren Waldkomplexes (2000 Drittannen Hektar) im Gouvernement Mohilew wird ein Theilnehmer gesucht. Flößbarer Fluß in der Nähe.

Kaufpreis außerst niedrig. Sonstige Bedingungen sehr vortheilhaft. Großer Gewinn verbürgt. Offerten werden unter J. K. postlagernd Greiz, Sachsen erbeten.

Ein möbliertes Zimmer zu vermieten Bäckerstraße 12.

Gesucht von einem Beamten vom 1. Februar ab, in der Nähe der Post bei anständiger Familie, ein sein möbliertes Parterre-Border-Zimmer, höchstens 1 Treppe. Möglichste Beidienung erwünscht. Gefällige Offerten unter B. Z. 24 Posen postl.

Logis gesucht f. e. Schneiderin

bei anständiger Familie od. Witwe. Offerten bitte B. W. postl. hier.

Umzugshälber ist

Sandstraße 8

eine Wohn. v. 4 resp. 5 R. i. 1. St. ganz oder getheilt zu vermieten.

Zwei Wohnungen

Wasserstraße 20 sofort oder 1. April zu vermieten. Näheres Wasserstraße 16 bei J. Weiß.

Markt 88 ist eine Wohnung

vollst. renovirt, 4 Zimmer, Küche, Zubehör, sofort oder später zu ver-

mieten.

Ein möbliertes Zimmer mit Kabinett

wird gesucht. Offerten unter S. 20

in der Exped. der Pos. Ztg.

Spiritus- Schlüsscheine

für Lieferungen mit und ohne Fass vorrätig in der

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.

(E. Röstel.)

Cigarren-Agent

für den Absatz an bessere Privatfundschaft in Posen gesucht von einer bekannten Hamburger Firma. Offerten nebst Referenzen umgehend postlagernd Posen erbeten sub S. C. K.

Tüchtige Dreher finden Beschäftigung. Stettiner Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft

Vulcan".

Einen gewandten und kräftigen Laufburschen suchen Carl Heinr. Ulrich u. Co.

Einen Laufburschen zum sofortigen Antritt suchen Ballo & Schoeps,

Große Gerberstraße Nr. 17.

Eine Verkäuferin, die der Wollwarenhandlung und polnisch. Sprache mächtig, suche per sofort.

Otto Kühn,

38. Alter Markt 38.

Zwei Lehrlinge mit guter Schulbildung fürs Lager und fürs Comtoir sucht die Eisenhandlung von Julius Kirschner.

Ein tücht. Müller geselle, gleichzeitig seiner Schafmacher, sucht Stellung zum sofortigen Antritt oder vom 1. Februar.

Gest. zu erfragen in der Exped. dieser Zeitung.

Ein gewandter, möglichst beider Landessprachen mächtiger

Buchhalter,

wird für ein Herren-Garderoben-Geschäft gesucht, in dem er auch die Reisen bewirken muß.

Vorgezogen wird, wenn bereits eine ähnliche Stellung inne gehabt hat. Meldung befördert die Exped. der Posener Zeitung.

Eine gefundne kräftige Amme kann sich sofort melden Paulinstraße Nr. 8, 3 Treppen.

Ein junger Mann, militärfrei, praktischer Destillateur, der einfache Fuchsführung mächtig, sucht per 1. April Engagement.

Gest. Off. postlagernd J. 100 Ostroms, Pr. Posen.

Eine junge, kräftige Wirthschafterin, die seit 7 Jahren selbstständig thätig und mit der Wirtschaft und feiner Küche vollständig vertraut ist, sucht zum 1. April d. J. auf einem größeren Gute Stellung.

Adressen erbeten unter A. B. Exped. des "Wochenblatts"

Schwerin a. W.

Suche vom 1. Juli d. J., da ich meine Pachtung Kl. Stärkenau, zu der Herrschaft Garden gehörig, aufgebe, eine

Administrator- resp. Ober-Inspektionsstelle, auch eine Pachtung von 4 bis 800 Morgen.

Herr Rittergutsbesitzer Haase, Gr. Falkenau per Sommerau, ist bereit, über mich Auskunft zu geben.

Kl. Stärkenau per Sommerau,

Westpreußen.

O. Rittweger.

Suche zum 1. Juli d. J. Stellung als Administrator oder Wirthschafts-Inspektor.

Dwiecki b. Weisenburg,

Reg. Bez. Bromberg.

H. Christ.

Bekanntmachung.

Die Mitglieder des hiesigen Zweigvereins der Kaiser-Wilhelms-Stiftung werden zu der statutenmäßigen Generalversammlung am 31. d. Mts., Abends 8 Uhr, im hiesigen Börsensaale hierdurch ergeben eingeladen.

Tages-Ordnung:

- Berichterstattung über die Verwaltung während des abgelaufenen Geschäftsjahres und den Stand der Brieinsamelegenheiten.
- Ertheilung der Decharge an den Vorstand.
- Neuwahl des Vorstandes und der Revisions Kommission.

Posen, den 15. Januar 1882.

Der Vorstand

des Zweigvereins der Kaiser-Wilhelms-Stiftung für die Stadt Posen.

Staudy. Gaebel. H. Rosenfeld.

Gregor. Kirschstein.

Verein junger Kaufleute Posen.

Sonnabend, den 28. Januar 1882, Abends 8 Uhr, im Lambert'schen Saale:

Kostüm-Fest.

Anmeldungen hierzu werden Donnerstag den 19. d. Mts., Nachmittags von 3—5 Uhr, in unserem Vereinstoale (Wasserstraße 26 im Brumme'schen Hause 1. Etage, Eingang von der Jesuitenstraße) entgegengenommen. Das Einführen hiesiger Nichtmitglieder und deren Angehörige ist nicht gestattet.

Der Vorstand.

Männer-Turn-Verein.
Freitag, den 20. Abends 8½ Uhr, Restaurant Simon, Friedrichsstr.: Ordentliche Haupt-Versammlung.

Tagesordnung:

Jahres- und Kassenbericht, Wahl des Vorstandes.

Anträge betreffend Geldbewilligung, Turnkleidung, sowie Ablösung eines Gau- und eines Kreisturnfestes in Posen.

Der Vorstand.

Alle, welche glauben, an dem Nachlaß des verstorbenen Fuhrunternehmers J. Matzel Ansprüche zu haben, wollen sich melden bis zum 21. Januar 1882 beim Restaurateur Matzel,

Wasserstraße Nr. 18.

Eine spiegelglatte und sichere Eisbahn

Dominikaner-Wiese empfiehlt J. Weber.

30 Mark Belohnung

sichere ich Demjenigen zu, der mir den Thäter, welcher in der letzten

Zeit an zwei meiner Droschen das Leben zerschnitten hat, derartig nachweist, daß derselbe zur Bestrafung herangezogen werden kann.

Schwarz, Droschenbesitzer, St. Adalbert 2.

Am 6. d. Mts. ist in der Nähe des Berliner Thores ein Schwein gefunden worden, welches gegen Entschädigung der Futterketten v. von dem Eigentümer abgeholt werden kann. Berg, Neustädter Markt 6.

Lambert's Concert-Saal.

Montag

den 23. Januar c., Abends 8 Uhr:

II. Sinfonie-Concert,

gegeben vom Musikorps des 1. Westpr. Gren.-Rgt. Nr. 6.

Programm:

1) Duv. "Hamlet" Niels W. Gade.

2) Sinfonie A-dur (Nr. 4) Mendelssohn.

3) Duv. "Die Abencera" Cherubini.

4) "Till Eulenspiegel", Sinfonische Dichtung. Geissler.

5) Fantasie aus Verdi's Oper "Aida" Zimmermann.

5 Billets für 3 Mark

zu haben in der Hof-Buch- und

Musikalienhandlung der Herren

Vote u. Bock.

Kassenpreis 1 Mark.

Karten ist nicht gestattet.

W. Appold,

Königlicher Musik-Dirigent.

Geboren: Ein Sohn: Dr.

Lieutenant und Adjutant Dräger.

Hrn. Ober-Amtmann Greger in Lindau i. Anhalt. Hrn. Amtsrichter

Thümmel in Lüben i. Schles.

Levin. Hrn. Ferdinand Senft. Hrn.

Froese in Freienhagen. Hrn.

Hauptmann v. Kottwitz in Span-

dau. Hrn. Graf Friedrich von

Branden-Sierstorff in Puschine.